

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg**

**Staat Oldenburg**

**Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19**

[1. Versammlung 07.11.1905-11.04.1906]

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

# Protokolle

über die

## Verhandlungen des XXX. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.

Oldenburg, 1906.

Schulzefche Hof-Buchdruckerei (Rudolf Schwarz).



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 7. November 1905, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Jungbluth.

Auf Ersuchen des Herrn Geh. Oberregierungsrats Dugend, der im Namen der Großherzoglichen Staatsregierung die Versammlung eröffnete, übernahm der Abg. Jungbluth als Alterspräsident den Vorsitz. Derselbe berief die Abgeordneten Koch und v. Fricke zu Schriftführern, begrüßte die Versammlung und gedachte der beiden verstorbenen Abgeordneten Groß und Lehendecker.

Der Geh. Oberregierungsrat Dugend übergab das Verzeichnis der gewählten Abgeordneten (Anlage A) und die Wahlakten. Die Verlesung des Verzeichnisses durch den Schriftführer Koch ergab die Anwesenheit sämtlicher Abgeordneten.

Die vom Alterspräsidenten gemäß § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung zwecks Prüfung der Wahlen vorgenommene Ziehung ergab die № 1.

Auf Antrag des Abg. Schröder wurde beschlossen, die Kreise 5 und 5a zusammenzuziehen. Es wurden demgemäß die erste Abteilung von den Abgeordneten der Wahlkreise 7, 8, 9, die zweite aus 1, 2, 3, die dritte aus 4, 5, 5a, 6 gebildet und die Wahlakten den zuständigen Abteilungen übergeben.

Die nächste Sitzung wurde auf heute mittag 12 Uhr festgesetzt.

Die erste vorläufige Sitzung wurde sodann geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der ersten ordentlichen Sitzung des 30. Landtags vom 7. November 1905.

Jungbluth.

Koch.



# Anlage A.

## Verzeichnis

### der Abgeordneten zum XXX. Landtage.

#### I. Wahlkreis.

- 1. Tappenbeck, Oberbürgermeister, Oldenburg.
- 2. tom Dieck, Bankdirektor, Oldenburg.
- 3. Wessels, Rentner, Oldenburg.
- 4. Schwarting, Gemeindevorsteher, Eversten.
- 5. Rodenbrock, Pastor, Wardenburg.
- 6. Ahlhorn, Lehrer, Osterburg.

#### II. Wahlkreis.

- 7. Thorade, Gemeindevorsteher, Hude.
- 8. Wenke, Gemeindevorsteher, Bettingbühren.
- 9. Hollmann, Gemeindevorsteher, Geveshausen.
- 10. Koch, Bürgermeister, Delmenhorst.
- 11. Grape, Hauptlehrer, Deichhorst.

#### III. Wahlkreis.

- 12. Tanzen, Gemeindevorsteher, Stollhamm.
- 13. Müller, Joh., Spediteur, Brake.
- 14. Schröder, Dekonomierat, Nordermoor.
- 15. Ahlhorn, Diedrich, Landmann, Hartwarderwarp.

#### IV. Wahlkreis.

- 16. Wilken, Gemeindevorsteher, Borgstede.
- 17. Feldhus, Gemeindevorsteher, Zwischenahn.
- 18. Lanje, Gemeindevorsteher, Westerstede.
- 19. Ahlhorn, Gemeindevorsteher, Betel.

#### V. Wahlkreis.

- 20. Dauen, Gemeindevorsteher, Nauens, Gemeinde Wüppels.
- 21. Lampe, Proprietär, Sever.

#### Va. Wahlkreis.

- 22. Schulz, Adolf, Expedient, Bant.
- 23. Hug, Buchdruckereibesitzer, Bant.
- 24. Heitmann, Krankenkassen-Verband, Oldenburg.

#### VI. Wahlkreis.

- 25. Schulte, Zeller, Schwege.
- 26. von Fricken, Eduard, Bomhof.
- 27. Enneking, Brennebesitzer, Börringhausen.
- 28. Taphorn, Korffabrikant, Lohne.

#### VII. Wahlkreis.

- 29. Schute, Landwirt, Kleinenging.
- 30. Feigel, Bürgermeister, Cloppenburg.
- 31. Burlage, Oberlandesgerichtsrat, Oldenburg.
- 32. Griep, Gemeindevorsteher, Ramsloh.

#### VIII. Wahlkreis.

- 33. Böh, Lehrer, Cutin.
- 34. Böh, Rentner, Cutin. *Wunderdorf*
- 35. Zeidler, Drechsler, Schwartau.
- 36. Tews, Hufner, Gleschendorf.

#### IX. Wahlkreis.

- 37. Jungbluth, Kaufmann, Oberstein.
- 38. Preffer, Schöffe, Wolfersweiler.
- 39. Mohr, Karl, Landwirt, Bergen.
- 40. Falz, Kaufmann, Idar.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

**XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.**

**Zweite vorläufige Sitzung.**

Oldenburg, den 7. November 1905, mittags 12 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Jungbluth.**

Der Alterspräsident eröffnete die Sitzung.

Es wurde in die Prüfung der Wahllisten eingetreten. Nachdem die Berichtersteller der einzelnen Abteilungen ihre Gutachten abgegeben hatten, wurden sämtliche Wahlen für nicht beanstandet erklärt.

Darauf teilte der Geh. Oberregierungsrat Dugend der Versammlung mit, daß die Eröffnung des Landtags heute nachmittag 5 Uhr stattfinden werde.

Die nächste Sitzung wurde auf heute nachmittag 5 Uhr festgesetzt und die zweite vorläufige Sitzung geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der ersten ordentlichen Sitzung des 30. Landtags vom 7. November 1905.

**Jungbluth.**

**Koch.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

## XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 7. November 1905, nachmittags 5 Uhr.

**Vorsitzender: Alterspräsident Jungbluth, dann Präsident Schröder.**

Es erschien der Minister Excellenz Willich, begleitet vom Regierungsassessor Weber, und eröffnete im Namen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs den 30. Landtag des Großherzogtums durch Verlesung der unter Anlage A anliegenden Thronrede.

Der Alterspräsident brachte sodann ein dreimaliges Hoch auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Zum Präsidenten wurde gewählt der Abg. Schröder mit 31 Stimmen. 9 Stimmen fielen auf den Abg. Tanzen.

Zum Vizepräsidenten wurde gewählt der Abg. Tanzen mit 31 Stimmen. Der Abg. Tappenbeck erhielt 7 Stimmen, je eine Stimme fiel auf die Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg und Wenke.

Der Präsident verpflichtete sich auf seinen früheren Eid in die Hand des Ministers Willich.

Hierauf erfolgte die Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder und die Verpflichtung der bereits dem früheren Landtage angehörigen Mitglieder auf ihren geleisteten Eid in die Hand des Präsidenten.

Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgeordneten Falz, Boß-Eutin und v. Fricke.

Der Landtag erklärte sodann sämtliche Wahlen für gültig.

Vom Regierungskommissar Geh. Oberregierungsrat Dugend wurde dem Landtage ein Verzeichnis der Vorlagen (Anlage B) mit diesen Vorlagen selbst überreicht.

In den Geschäftsverteilungsausschuß wurden gewählt die Abgeordneten Tappenbeck, Ahlhorn-Osternburg, Koch, Schröder, Wilken, Hug, Schulte, Burlage, Tewß, Jungbluth, Wenke, Dauen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen, an Seine Königliche Hoheit den Großherzog ein Begrüßungs- und Glückwunschtelegramm und ein Glückwunschtelegramm an Ihre Hoheit die Herzogin Sophie Charlotte sowie an Seine Königliche Hoheit den Prinzen Eitel-Friedrich von Preußen zu senden.

Auf Antrag des Abg. Schwarting wurde beschlossen, die Wahl des Präsidiums auf die Dauer der Session vorzunehmen.

Darauf wurden folgende Eingänge verlesen:

1. Petition des Wirtvereins Bant, betr. Aufhebung der Wirtschaftsrekognition.
2. Petition des Bierbrauers Georg Kolfs zu Bechta, betr. Verkauf seiner Besizung.
3. Schreiben des Verbandes vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands in Leipzig, betr. Verteilung von Resolutionen, gefaßt auf der Generalversammlung des Verbandes, an die Abgeordneten.
4. Petition des Direktors H. Diesener in Barel, betr. Regelung der Verhältnisse der Baugewerk- und Maschinenbauschule zu Barel.
5. Petition der landwirtschaftlichen Abteilungen im Amtsbezirk Butjadingen, betr. Beschleunigung der Herstellung einer unmittelbaren Bahnverbindung zwischen Barel und der Weserbahn.
6. Petition des Anton Hinrich Bärwald in Oldenburg, betr. Ueberweisung der Strafsache gegen die Ehefrau Diers geb. Wenke und deren Tochter aus Nutteln wegen Meineids an eine nicht oldenburgische Gerichtsbehörde.

7. Eingabe des Dr. Maximilian Saxl, Hof- und Gerichtsadvokat in Wien, betr. die Thronfolgeberechtigung des Grafen Welsburg.
  8. Petition des Oldenb. evangelischen Organistenvereins, betr. Gehaltserhöhung bezw. Aenderung des Art. 65 des Schulgesetzes.
  9. Petition des Hauptsteueramtsassistenten Vogelsang u. Gen., betr. Beseitigung von Ungleichheiten in dem Entwurfe des Gesetzes, betr. das Gehaltsregulativ für den Zivildienst.
  10. Selbständiger Antrag des Abg. Ahlhorn-Osternburg, betr. Einführung der geheimen und direkten Wahl zum Landtage.
- Zum selbständigen, genügend unterstützten Antrage des Abg. Ahlhorn-Osternburg:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem gegenwärtig tagenden Landtage oder der nächsten Versammlung des XXX. Landtags einen Gesetzentwurf über die Einführung der geheimen und direkten Wahl zum Landtage zu unterbreiten, und einem hierzu gestellten Verbesserungsantrage des Abg. Feldhus:

Die Wahlkreise sind so einzurichten, daß aus jedem Wahlkreise ein Abgeordneter zu wählen ist, beschließt der Landtag, diese in Betracht zu ziehen und im Plenum zu verhandeln.

Die nächste Sitzung wurde auf Mittwoch, den 8. November, nachmittags 4 Uhr, festgesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. Sitzung des 30. Landtags am 8. November 1905.

Schröder.

v. Fricke.

## Anlage A.

Meine hochgeehrten Herren!

Im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs habe ich Sie bei Ihrem Zusammentritt freundlich zu begrüßen und willkommen zu heißen.

Die hohe Freude, die dem Großherzoglichen Hause kürzlich durch die Verlobung Ihrer Hoheit der Herzogin Sophie Charlotte mit Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen zu teil geworden ist, hat im ganzen Lande den lebhaftesten Widerhall gefunden, der sich in zahlreichen Aeußerungen herzlicher Teilnahme kundgegeben hat. Für alle diese Beweise bewährter Treue und Anhänglichkeit lassen Seine Königliche Hoheit der Großherzog auch an dieser Stelle Höchsteinen Dank aussprechen.

Ihrer Mitwirkung wird eine große Zahl von Vorlagen unterbreitet werden, unter denen sich mehrere von besonderer Wichtigkeit und Tragweite befinden.

Die Voranschläge der drei Landesteile sind entsprechend der veränderten Zeitdauer der künftigen Finanzperioden zum ersten Mal für ein Jahr und im übrigen in bisheriger Weise aufgestellt. Sie schließen infolge des aus der laufenden Finanzperiode sich ergebenden Kassebestands sämtlich mit einem Ueberschusse ab. Bei dem Voranschlage des Herzogtums insbesondere beträgt der Ueberschuß 285 000 *M.*, trotzdem eine außergewöhnliche Schulden tilgung von 90 000 *M.* vorgesehen ist und eine Reihe von Ausgaben gegenüber dem

Voranschlage des laufenden Jahres eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren hat bezw. neu eingestellt ist, u. a. auch die Zuschüsse zu den Kosten der Fortbildungsschulen, sowie Zuschüsse zur Hebung des Handwerks und Kleinhandels.

Die wichtigste Vorlage, welche Sie zu beraten haben werden, ist die der Steuerreform für das Herzogtum. Sobald sie zur Erledigung gekommen ist, wird die Neuordnung der Verhältnisse der Fürstentümer erfolgen. Eingeleitet ist diese Neuordnung für das Fürstentum Lübeck bereits durch Vorlegung eines die Einführung einer Gebäudesteuer bezweckenden Gesetzentwurfs, welcher gleichzeitig einer aus der Mitte der Lübecker Abgeordneten früher hervorgegangenen Anregung entspricht. Die Steuerreformvorlage bezweckt, für die Finanzverhältnisse des Herzogtums eine gesündere Grundlage zu schaffen. Da die gegenwärtigen laufenden Einnahmen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen, so ist einmal die Erschließung neuer Steuerquellen erforderlich, andererseits entspricht die jetzt bestehende Verteilung der Steuerlast nicht den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit, und es muß deshalb auch in dieser Richtung eine durchgreifende Aenderung vorgenommen werden. Des näheren wird auf die in der Steuerreform-Vorlage gegebene allgemeine Begründung verwiesen, sowie auf die Gesetzentwürfe, welche diese Vorlage befaßt.

Da die Steuerreform für sich allein zur Beschaffung des Bedarfs des Staatshaushaltes nicht ausreicht, so wird

außerdem beabsichtigt, regelmäßig die entbehrlichsten Betriebsüberschüsse der Staatsbahnen für die allgemeinen Landesaufwendungen mit in Anspruch zu nehmen.

Der Verkehr auf den Eisenbahnen hat sich in zunehmendem Maße weiter gehoben, und Sie werden um die Bewilligung erheblicher Mittel ersucht werden, damit die Staatsregierung fernerhin den Anforderungen des gesteigerten Verkehrs genügen kann.

Die stetige Steigerung des Eisenbahnverkehrs bestätigt die erfreuliche Tatsache, daß unsere Landwirtschaft in gesundem Fortschritte sich entwickelt und ihre Leistungen sich auch auswärts zunehmend Geltung und Anerkennung erringen. Nicht minder sind Gewerbe, Handel und Industrie im Aufschwung begriffen. Die in diesem Jahre veranstaltete, im ganzen Lande mit lebhaftem Interesse aufgenommene Gewerbe- und Industrie-Ausstellung hat davon, auch über die Grenzen unseres Landes hinaus, ein sehr günstiges Zeugnis abgelegt und die neu entstandenen und in der Entwicklung begriffenen industriellen Anlagen, besonders auch die an der unteren und oberen Weser angelegten Werften lassen hoffen, daß auch auf diesem Gebiete dem Lande zunehmend neue Erwerbsquellen eröffnet werden.

Der dem 28. Landtage vorgelegte Gesetzentwurf über die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist einer völligen Neubearbeitung unterzogen, und es sind dabei die vom Landtage ge-

äußerten Wünsche soweit als irgend tunlich berücksichtigt worden. Die Staatsregierung hofft, daß der Ihnen zugehende Entwurf die Zustimmung des Landtags finden und damit Oldenburg in die Reihe derjenigen Staaten eintreten wird, in welchen in den der Verwaltungsrechtspflege unterworfenen Angelegenheiten die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung durch unabhängige Gerichte gewährleistet ist.

Die allgemeine Aufbesserung der Gehalte der Staatsbeamten hält die Staatsregierung für eine dringliche Aufgabe, um den berechtigten Ansprüchen der Beamten auf eine nach den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen ausreichende Besoldung zu entsprechen. Die Ihnen dieserhalb zugehenden Vorlagen bezwecken auf der Grundlage der bisherigen Vorschriften, die seit längerer Zeit angebahnte Erhöhung der Gehalte und zugleich eine Ausgleicheung in einzelnen Beamtenklassen.

Aus denselben Gründen wird Ihnen eine Vorlage wegen der Verbesserung des Einkommens der Volksschullehrer zur Beschlußfassung zugehen.

Mit dem Wunsche, daß Ihre Arbeiten einen gedeihlichen Fortgang nehmen werden, erkläre ich nunmehr, meine Herren, im Auftrage Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs den XXX. Landtag des Großherzogtums für eröffnet.

## Anlage B.

### Verzeichnis

von

Vorlagen für den auf den 7. November 1905 berufenen XXX. Landtag des Großherzogtums.

Ordn.- N <sup>o</sup> .	Gegenstand.	Regierungskommissar.
1.	Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse betreffenden Gesetze.	Oberfinanzrat Dr. Meyer I.
2—4.	Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Einfügung eines Gehaltsatzes in das Gehaltsregulativ vom 3. April 1894 (2) für einen Kreischulinспекtor, (3) für einen evangelischen Geistlichen an der Gefängnisanstalt zu Oldenburg, (4) für zwei weitere ordentliche Seminarlehrer am Seminar daselbst.	Minister Ruystrat II. Geh. Oberregierungsrat Dugend. Minister Ruystrat II.

Ordn.- Nr.	Gegenstand.	Regierungskommissar.
5.	Nachbewilligung eines Aufwandes für den Uferschutz in Dangast.	Oberregierungsrat Scheer.
6.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes in der Fassung vom 12. Mai 1897/20. Februar 1903.	Regierungsrat Willms.
7.	Erwerb von Ländereien für die Heil- und Pflegeanstalt in Wehnen.	Oberregierungsrat Scheer.
8.	Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend Aenderung des revidierten Staatsgrundgesetzes.	Die Minister Willich und Kuhstrat I.
9.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung.	Reg.-Rat Calmeyer-Schmedes.
10.	Neuwahl eines Mitgliedes der verstärkten Obererzaskommission für das Herzogtum und seines Stellvertreters.	Regierungsassessor Weber.
11.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 18. Januar 1876 über die Schulpflichtigkeit taubstummer Kinder.	Reg.-Rat Calmeyer-Schmedes.
12.	Entwürfe eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, sowie für das Fürstentum Birkenfeld zur Aenderung des Gesetzes vom 20. Juli 1868, betreffend die Erhebung einer Abgabe von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen.	Regierungsassessor Weber.
13.	Mitteilung über die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für die Finanzperiode 1900/2.	Oberfinanzrat Meyer II.
14.	Mitteilung der Landeskasse-Rechnungen des Herzogtums für die Jahre 1900/2.	Derselbe.
15.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung der Einkommensteuernovelle vom 17. März 1903.	Derselbe.
16.	Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum für die Finanzperiode 1900/2.	Oberregierungsrat Gramberg. Oberfinanzrat Böderer.
17.	Veräußerung einer Fläche vom Forstort Kuhholz bei Schwartau.	Geh. D.-Reg.-Rat Dr. Driver. Oberfinanzrat Dr. Meyer I. Geh. Ministerialrat v. Finckh. Finanzrat Stein. Regierungsassessor Weber.
18.	Entwürfe eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend das Gehaltsregulativ für den Zivildienst, nebst anliegendem Entwurf eines Gehaltsregulativs und eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.	
19.	Ankauf eines im Forstort Wildkamp, Revier Upjever, belegenen, im Privateigentum stehenden Grundbesitzes	Oberfinanzrat Böderer.
20.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum wegen Aenderung des Gesetzes vom 22. April 1858, betreffend einige Bestimmungen über die Tragung der Lasten der evangelischen und katholischen Schulauchten.	Geh. Ministerialrat v. Finckh.
21.	Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum wegen Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. Mai 1867.	Regierungsassessor Weber.
22.	Voranschlag der Zentral-Einnahmen und Ausgaben des Großherzogtums für das Finanzjahr 1906.	Oberfinanzrat Meyer II.
23.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend die Bestellung von Hypotheken für Ablösungskapitalien.	Geh. Ministerialrat v. Finckh. Derselbe.
24.	Entwurf eines gleichen Gesetzes für das Fürstentum Lübeck.	Oberfinanzrat Böderer.
25.	Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkasse für die Finanzperiode 1900/2.	Geh. Oberregierungsrat Dugend.
26.	Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Aenderung der Begeordnung vom 20. April 1891.	Reg.-Rat Calmeyer-Schmedes. Oberfinanzrat Meyer II.
27.	Mitteilung über die aus den Ueberschüssen der Ersparungskasse erfolgten Ueberweisungen.	Derselbe.
28.	I. Entwurf eines Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum, II. Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes für das Herzogtum,	

Ordn.- Nr.	Gegenstand.	Regierungskommissar.
28.	III. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend den Uebergang der Staatswege auf die Amtsverbände, IV. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung des Schulgesetzes, V. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung des Gewerbegesetzes vom 11. Juli 1861/20. März 1900, VI. Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum, VII. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum und für das Fürstentum Birkenfeld, betreffend Aenderung des Gerichtskostengesetzes vom 30. Dezember 1899.	{ Geh. Oberregierungsrat Dugend. Geh. Oberbaurat Tenge. Baurat Segebade.  Geh. Ministerialrat v. Finckh.  Finanzrat Stein. Oberfinanzrat Dr. Meyer I.
29.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend die Organisation der Eisenbahnverwaltung.	{ Geh. Ministerialrat v. Finckh. Oberregierungsrat Graepel. Finanzrat Stein.
30.	Entwurf eines Vertrages mit der Preussischen Eisenbahnverwaltung über die Vergütung für Mitbenutzung der Preussischen Bahnstrecke Izhove—Leer nach Herstellung eines zweiten Gleises auf derselben.	Dieselben.
31.	Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums für das Finanzjahr 1906.	{ In erster Linie Oberfinanzrat Meyer II, im übrigen sämtliche vortragende Räte u. Hilfsarbeiter beim Staatsministerium mit Ausnahme des Geheimen Oberbaurat Böhlk.
32.	Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandergewerbes vom 22. Februar 1898.	Geh. D.-Reg.-Rat Dr. Driver.
33.	Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskasse des Herzogtums für das Finanzjahr 1906.	
34.	Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Verwaltungsgerichtsbarkeit.	{ Geh. D.-Reg.-Rat Dugend. Geh. D.-Reg.-Rat Dr. Driver. Geh. Ministerialrat v. Finckh. Reg.-Rat Calmeyer-Schmedes. Geh. Oberbaurat Böhlk. Oberregierungsrat Graepel. Finanzrat Stein.
35.	Lohnaufbesserung bei der Eisenbahnverwaltung.	
36.	Aenderung des Normal-Etats der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie für das Herzogtum und das Fürstentum Lübeck, sowie der näheren Bestimmungen zum Normal-Etat.	Geh. D.-Reg.-Rat Dr. Driver.
37.	Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1906.	Oberfinanzrat Bödeker.
38.	Gewährung eines Zuschusses von 30000 M. an die Aktiengesellschaft Bremisch-Hannoversche Kleinbahn für die Herstellung und Inbetriebnahme einer vollspurigen Kleinbahn von Thedinghausen über Stuhr nach Huchtingen mit Anschluß an die oldenburgische Staatsbahn.	Finanzrat Stein.
39.	Gesetz für das Großherzogtum, betreffend Aufnahme eines Gehaltsjahres für den in Anlaß der Aufhebung der Beamtenwitwen- usw. kasse anzustellenden Kassierer in das Gehaltsregulativ für den Zivildienst vom 3. April 1894.	Oberfinanzrat Dr. Meyer.
40.	Ueberweisung des staatlichen Anteils am Erlöse aus dem Verkaufe des alten Schulhauses auf Wangerooze an die dortige Schulacht.	Geh. Ministerialrat v. Finckh.
41.	Neubildung des Staatsgerichtshofes.	Derselbe.
42.	Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes.	Regierungsrat Willms.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 8. November 1905, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. v. Fricken das Protokoll der ersten ordentlichen Sitzung, das genehmigt wird.

Der Präsident gab bekannt, daß er dem Abg. Griep für heute Urlaub erteilt habe.

Der Präsident teilte der Versammlung die Telegramme mit, die dem Landtage zugegangen sind als Antwort auf die anlässlich der Verlobung der Herzogin Sophie Charlotte mit dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen an Seine Königliche Hoheit den Großherzog und das erlauchte Brautpaar gerichteten Glückwünsche und Begrüßungstelegramme.

Der Präsident verlas folgende Eingänge:

1. Petition des Landeslehrervereins für das Fürstentum Lübeck, betr. Lehrerbefoldungs-Vorlage.  
Finanzausschuß.
2. Petition des Stadtmagistrats Zeven, betr. Ueberdachung des Bahnhofsperrons in Zeven und Ueberbrückung des Gleises daselbst.  
Eisenbahnausschuß.
3. Petition desselben, betr. Abortanlage beim Mariengymnasium in Zeven.  
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Oldenburgischen Oberlehrervereins, betr. Gleichstellung im Gehalte mit den Juristen.  
Finanzausschuß.

Hierauf werden seitens des Präsidenten die Vorschläge des Geschäftsverteilungs-Ausschusses, betr. Zusammensetzung der Kommissionen, bekannt gegeben und vom Landtage ohne Debatte genehmigt.

Protokolle. XXX. Landtag.

Danach setzen sich zusammen:

Finanz-Ausschuß:

Ahlhorn-Osternburg, Tappenbeck, Wente, Schröder, Wilken, Feldhus, Hug, Jungbluth, Enneking, Mohr, Tews, Roß-Gutin, Burlage, Lampe.

Eisenbahn-Ausschuß.

Wessels, Thorade, Lanje, Dauen, Heitmann, Schulte, Griep, v. Fricken, tom Dieck, Müller, Schute.

Verwaltungs-Ausschuß.

Tangen, Schwarting, Ahlhorn-Zetel, Feigel, Grape, Rodenbrock, Hollmann, Koch, Preßler, Falz, Roß-Pansdorf, Zeidler, Taphorn, Ahlhorn-Hartwarderwarp, Schulz.

Es wurden überwiesen:

dem Finanz-Ausschusse:

Anlagen 3, 5, 7, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 22, 25, 27, 28 I, 28 II, 28 III, 28 V, 28 VI, 28 VII, 31, 36, 37, 39, 40.

dem Verwaltungs-Ausschusse:

Anlagen 1, 2, 4, 6, 8, 9, 11, 20, 21, 23, 24, 26, 28 IV, 32, 33, 42.

dem Eisenbahn-Ausschusse:

Anlagen 29, 30, 33, 35, 38.

dem Plenum:

Anlagen 10, 41.



Ferner genehmigte der Landtag die Verteilung der verlesenen Eingänge an die vom Präsidenten vorgeschlagenen Ausschüsse.

Berichterstattung betreffend, wurde einstimmig beschlossen, hierzu Stenographen zuzuziehen, und das Präsidium ermächtigt, sich mit Stenographen, insbesondere dem Professor Ahnert in Dresden, zwecks stenographischer

Aufnahme der Verhandlungen des Landtags in Verbindung zu setzen, um in einer später einzuberufenden Sitzung hierüber dem Landtage Vorschläge zu machen.

Der Präsident teilte mit, daß er Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung noch nicht angeben könne und schloß die Sitzung um 4 Uhr 50 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. ordentlichen Sitzung des 30. Landtags am 27. November 1905.

**Schröder.**

**Ernst Falz.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 27. November 1905, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Minister Kuhstrat I., Erz., Geh. Oberregierungsrat Dugend, Geh. Oberbaurat Böhlk, Geh. Ministerialrat v. Finckh, Oberregierungsrat Graepel, Finanzrat Stein.

Der Präsident eröffnet die Sitzung 10 Uhr 5 Min. Schriftführer Abg. Falz verliest das Protokoll über die 2. Sitzung. Dasselbe wird genehmigt. Schriftführer Abg. Boß-Gutin verliest folgende Eingänge:

1. Petition der Gemeinden Abbehausen, Blexen, Eckwarden, Holzwarden, Jade, Neuende, Stollhamm und Waddewarden, betr. Beseitigung des Kirchengesetzes vom 3. Januar 1901.

Verwaltungsausschuß.

2. Petition des Amtsvorstandes von Butjadingen, betr. Beschleunigung der Ausführung des Gesetzes, betr. Bahnverbindung zwischen Weser und Varel.

Eisenbahnausschuß.

3. Vorlage № 43 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Anschaffung von 7 gekuppelten Tenderlokomotiven und 351 Güterwagen.

Eisenbahnausschuß.

4. Schreiben des Großherzoglichen Staatsministeriums, betr. Landtagskosten.

ad acta.

5. Petition der Gemeinde Löningen, betr. Abhilfe gegenüber den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen der Staatsregierung im unteren Hasegebiete.

Verwaltungsausschuß.

6. Schreiben des Großherzoglichen Staatsministeriums, betr. Protokoll über die Eröffnung des 30. Landtages

ad acta gener.

7. Petition des Oldenburger Landes-Lehrervereins, betr. Einreichung der Lehrer nach dem Dienstalter beim Bezug der Alterszulagen und betr. das Grundgehalt der Nebenlehrer.

Verwaltungsausschuß.

8. Schreiben des Gemeindevorstandes zu Bant, betr. Erteilung der Genehmigung zur Anstellung eines eigenen Vollziehungsbeamten zur Beitreibung sämtlicher Kommunalabgaben und Verlegung des Schätzungstermins zum Zwecke früherer oder vierteljährlicher Steuerhebung.

Finanzausschuß.

9. Vorlage № 44 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Gleiserverweiterungen in Delmenhorst.

Eisenbahnausschuß.

10. Petition des Stadtmagistrats Varel, betr. Herstellung einer Varel—Weser-Bahn.

Eisenbahnausschuß.

11. Vorlage № 45 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuer-Schätzung für die Jahre 1903/5.

Finanzausschuß.

12. Vorlage № 46 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Wahl des Geh. Oberjustizrats v. Bodecker zum Mitgliede des Staatsgerichtshofs und Ersuchen, nunmehr die Wahl dreier Mitglieder und dreier Ersatzrichter vorzunehmen.

Plenum.

13. Vorlage № 47 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Entwurf eines Gesetzes für das

2\*



- Großherzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867.  
Verwaltungsausschuß.
14. Vorlage *N.* 48 derselben, betr. Verbreiterung der Hunte unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Driefake und Zurücklegung der dort befindlichen Schiffs-  
liegeplätze.  
Finanzausschuß.
  15. Petition der Gemeinden Neuenkirchen, Steinfeld, Goldorf und Damme, betr. Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Damme.  
Verwaltungsausschuß.
  16. Petition des Bürgervereins Eversten, betr. Aenderung des § 2 Artikels 5 der Gemeindeordnung.  
Verwaltungsausschuß.
  17. Petition des Katholischen Lehrervereins, betr. Einreihung der Lehrer nach dem Dienstalter beim Bezug der Alterszulagen und betr. das Grundgehalt der Nebenlehrer.  
Verwaltungsausschuß.
  18. Petition des Braker Handelsvereins, betr. die Bahn Rodenkirchen—Barel.  
Eisenbahnausschuß.
  19. Petition des Eigners Johann Trienen zu Cloppenburg, betr. Bewilligung der Veteranenbeihilfe.  
Verwaltungsausschuß.
  20. Bericht des ständigen Landtagsausschusses über seine Tätigkeit während der Zeit vom Oktober 1904 bis November 1905.  
Plenum.
  21. Petition des katholischen Pfarramts Oldenburg, betr. Vergütung für den Religionsunterricht katholischer Gymnasiasten.  
Finanzausschuß.
  22. Petition der Handwerkskammer zu Oldenburg, betr. Herabsetzung der Arbeitszeit in den Großh. Eisenbahnwerkstätten.  
Eisenbahnausschuß.
  23. Petition des Wirteverbandes des Oldenburger Landes, betr. Abschaffung der Wirtschaftsreognition.  
Finanzausschuß.
  24. Petition desselben, betr. Freigabe von Tanzbelustigungen in der Advent- und Fastenzeit.  
Verwaltungsausschuß.
  25. Petition der seminaristisch gebildeten Lehrer am Lehrerseminar in Wechta, betr. Gleichstellung im Gehalt mit den Seminarlehrern in Oldenburg.  
Finanzausschuß.
  26. Petition des Oldenb. Künstlerbundes und der Vereinigung oldenburg. Kunstfreunde, betr. Einstellung von Mitteln zur Förderung der bildenden Kunst und verwandter Bestrebungen.  
Finanzausschuß.
  27. Petition des W. R. Müller u. Genossen in Neuenburg, betr. Vermittelung eines Bauplatzes für einen Posthausneubau in Neuenburg.  
Finanzausschuß.
- Abg. Tanzen wünscht die Petition des Wirteverbandes des Oldenburger Landes, betr. Abschaffung der Wirtschaftsreognition, (*N.* 23 der Eingänge) dem Finanzausschuß zu überweisen. Der Landtag ist damit einverstanden. Gegen die Ueberweisung der übrigen Eingänge an die betreffenden Ausschüsse erhebt sich kein Widerspruch.
- Der Präsident teilt den Eingang zweier Interpellationen mit.
1. Interpellation des Abg. Voß-Eutin: Wie bestimmt verlautet, wird dem Bundesrate im Herbst d. J. eine Novelle zum Servistarif zugehen.  
Beabsichtigt die Staatsregierung durch den Bevollmächtigten beim Bundesrate dahin zu wirken, daß die Stadt Eutin in eine höhere Servistklasse versetzt wird?
  2. Interpellation des Abg. Koch: Beabsichtigt die Großherzogliche Staatsregierung eine Umarbeitung der am 10. Juli 1905 erlassenen Lehrziele für die evangelische Volksschule, und in welcher Richtung wird diese Umarbeitung erfolgen?
- Es wird beschlossen, diese Interpellationen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.  
Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.
1. Beschlufsfassung über die Annahme von Stenographen.  
Der Präsident teilt mit, daß das Präsidium mit Herrn Ministerialrvisor Siedenburg hieselbst in Verbindung getreten sei. Derselbe sei bereit, die Berichterstattung zu übernehmen. Das Großherzogliche Staatsministerium habe ihn bis zum 31. Dezember 1905 beurlaubt. Das Präsidium habe mit Herrn Siedenburg einen Vertrag vereinbart, dessen wesentlichen Inhalt der Präsident mitteilt.  
Der Landtag genehmigt den Vertrag.
  2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Bestellung von Hypotheken für Ablösungskapitalien. 1. Lesung. (Anlage 23.)  
Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Betel.  
Der Ausschufsantrag wird angenommen.  
Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag abend 6 Uhr einzureichen.
  3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend Bestellung von Hypotheken für Ablösungskapitalien. 1. Lesung. (Anlage 24.)  
Berichterstatter: Abg. Zeidler.  
Der Ausschufsantrag wird angenommen.  
Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag abend 6 Uhr einzureichen.
  4. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Anton Hinrich Bärwaldt.  
Berichterstatter: Abg. Falz.  
Der Ausschuf beantragt:  
Uebergang zur Tagesordnung.  
Der Antrag wird angenommen.

5. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag der Staatsregierung auf Anschaffung von Eisenbahnbetriebsmitteln. (Anlage 43.)

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

6. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Pof. 89 bis 92 sowie über die Bewilligung von 35 000 *M.* für Löhne aus Pof. 87 des Voranschlags der Eisenbahnbetriebskasse für das Finanzjahr 1906. (Anlage 33 Pof. 87 und 89 bis 92.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über Gleiserweiterungen am Bahnhof Delmenhorst. (Anlage 44.)

Berichterstatter: Abg. Schute.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Stadtmagistrats in Sever, betr. die Ueberdachung des Bahnsteigs daselbst und die Einrichtung einer Fußgängerbrücke über die Geleise in der Chauffee nach Clevern.

Berichterstatter: Abg. Dauen.

Die Ausschufsanträge werden angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Vertrag zwischen der Preussischen Staatseisenbahnverwaltung und der Oldenburg. Staatseisenbahnverwaltung, betr. Ausbau des 2. Gleises auf der preussischen Staatsbahn Leer—Ihrhove. (Anlage 30.)

Berichterstatter: Abg. Schulte.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

10. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bewilli-

gung eines Zuschusses zu den Anlagelosten der Kleinbahn Thedinghausen—Stuhr—Huchtingen. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Thorade.

Der Ausschufsantrag wird angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck zur Abänderung des Gesetzes vom 20. Juli 1868, betr. die Erhebung einer Abgabe von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen. 1. Lesung. (Anlage 12, Nebenanlage A.)

Berichterstatter: Abg. Voß-Eutin.

Der Ausschufsantrag, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag abend 6 Uhr einzureichen.

12. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld zur Abänderung des Gesetzes vom 20. Juli 1868, betr. die Erhebung einer Abgabe von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen. 1. Lesung. (Anlage 12, Nebenanlage B.)

Berichterstatter: Abg. Jungbluth.

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag abend 6 Uhr einzureichen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Termin für die nächste Sitzung kann noch nicht festgesetzt werden.

Der Präsident schließt die Sitzung 11 Uhr 10 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. Sitzung des 30. Landtags am 7. Dezember 1905.

Schröder.

Voß-Eutin.



# Protokoll

über

## die Verhandlungen

des

### XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

#### Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 7. Dezember 1905, vormittags 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident Schröder eröffnet die Sitzung und läßt durch den Schriftführer Voß (Gutin) das Protokoll der letzten Sitzung verlesen, welches genehmigt wird.

Darauf verliest Schriftführer v. Fricke folgende Eingänge:

1. Petition des Vereins oldenb. Eisenbahntechniker, betr. Gehaltslage der Bahnmeister.  
Eisenbahnausschuß.
2. Schreiben des Staatsministeriums, betr. Zusatzbestimmung zu Art. 8 des Gesetzes, betr. das Gehaltsregulativ für den Zivildienst.  
Finanzausschuß.
3. Vorlage 49. — Gesetzentwurf für das Großherzogtum, betr. das Beitragsverhältnis zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums.  
Quotenausschuß.
4. Vorlage 50. — Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck, betr. Einführung einer Gebäudesteuer.  
Finanzausschuß.
5. Vorlage 51. — Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Staatskreditanstalt.  
Finanzausschuß.
6. Petition des Vereins der Eisenbahn-Bureau-Kanzlei- und Stations-Gehülfen, betr. etatsmäßige Anstellung und bessere Besoldung.  
Eisenbahnausschuß.
7. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Ablehnung der Steuerreformvorlage mit Ausnahme der Selbsteinschätzung für die Einkommensteuer.  
Finanzausschuß.
8. Petition der Fahrbeamten der Eisenbahn wegen Aufbesserung ihres Einkommens.  
Eisenbahnausschuß.
9. Petition des Gemeindevorstandes zu Heppens, betr. Ausbau der Barel—Wefer = Bahn.  
Eisenbahnausschuß.
10. Petition des Gemeindevorstandes zu Neuende, betr. Bau einer Bahn von Barel durch Butjadingen nach der Wefer.  
Eisenbahnausschuß.
11. Vorlage 52. — Bau eines Dienstgebäudes für den Amtseinnnehmer und das Steueramt in Oberstein.  
Finanzausschuß.
11. Petition der Direktion der Ackerbauschule in Barel, betr. Einführung des Oldenb. Normal-Stats an der Anstalt etc.  
Finanzausschuß.
13. Petition des Mühlen- und Gutsbesitzers Ahmann zu Altona bei Wildeshausen, betr. Berücksichtigung von Schlengenbauten und Uferschutzanlagen an der oberen Hunte.  
Finanzausschuß.
14. Vorlage 53. — Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für 1906.  
Finanzausschuß.
15. Petition des Oldenb. Landes- Lehrervereins, betr. Aenderung der Bestimmungen über die in das Schullehrer-Seminar zu Oldenburg aufzunehmenden Zöglinge vom 18. Juni 1871.  
Verwaltungsausschuß.

16. Petition des Direktors der Taubstummen-Anstalt in Wildeshausen, betr. Aufbesserung seines Gehalts.  
Finanzausschuß.
17. Petition der ständigen Lehrer der Landwirtschafts- und Ackerbauschule zu Barel, betr. Einführung des Oldenb. Normal-Etats.  
Finanzausschuß.
18. Petition des Gemeindevorstandes zu Ganderkesee, betr. Zuschüsse zu Chausseebauten.  
Finanzausschuß.
19. Petition des Zahlmeisters bei der Hauptkassenverwaltung, betr. Beseitigung von Ungleichheiten im Gehaltsregulativ.  
Finanzausschuß.
20. Petition der Gastwirte des Fürstentums Lübeck, betr. freie Wahl von zwei Tanzsonntagen im Jahr seitens der Gastwirte und Aufhebung des Verbots der Tanzlustbarkeiten in der Advents- und Fastenzeit.  
Verwaltungsausschuß.
21. Petition des Vereins der Holzwärter des Herzogtums Oldenburg, betr. Zubilligung einer festen Vergütung bezw. Anstellung als Zivilstaatsdiener nach einer bestimmten Reihe von Dienstjahren.  
Finanzausschuß.
22. Vorlage 54. — Abändernde Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt Lübeck und das Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. Sept. 1878 abgeschlossenen Verträge.  
Verwaltungsausschuß.
23. Petition der Handwerkskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Ablehnung der ganzen Steuerreformvorlage mit Ausnahme der Selbsteinschätzung für die Einkommensteuer.  
Finanzausschuß.
24. Petition der Arbeiter in der Eisenbahnwerkstätte, betr. Einführung der 9stündigen Arbeitszeit sowie der geplanten Lohnerhöhung.  
Eisenbahnausschuß.
25. Petition des Handels- und Gewerbevereins zu Barel, betr. Barelser Weiserbahn.  
Eisenbahnausschuß.
26. Vorlage 55. — Geschäftsumfang und Vermögensbestand, sowie Geschäftsführung der Bodenkreditanstalt für das Herzogtum Oldenburg.  
Finanzausschuß.

Die Verweisung der Eingänge an die betreffenden Ausschüsse wird genehmigt.

Auf Vorschlag des Präsidenten Schröder wird die Petition der Seminarlehrer zu Barcha vom Verwaltungsausschuße an den Finanzausschuß überwiesen.

Sodann teilt der Präsident mit, daß der Abg. Falz bis zum 9., der Abg. Taphorn bis heute beurlaubt sind, und daß die Schriftführer die Geschäfte folgendermaßen unter sich verteilt haben:

Falz übernimmt das Kassenwesen, v. Fricke die Registratur und Voß-Eutin die Korrespondenz.

Ferner verliest der Präsident folgenden genügend unterstützten selbständigen Antrag des Abg. Schwarting:

Der Unterzeichnete beantragt:

Der Landtag wolle beschließen, die Großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, nach welcher durch Gesetz zu bestimmen ist, daß für die Wahlen der Schulachtsausschüsse eine bestimmte Zeitdauer der Wahlhandlung festzulegen ist.

Swarting.

Der Landtag beschließt, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Verwaltungsausschuß zur vorgängigen Begutachtung zu überweisen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Abg. Ahlhorn-Osternburg zu Punkt 13 der Tagesordnung folgenden Antrag:

Ich beantrage, den Gesetzentwurf, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse betreffenden Gesetze, von der heutigen Tagesordnung abzugeben.

Ahlhorn-Osternburg.

Unterstützt durch  
Voß-Eutin, Wenke, H. Lampe, H. Tews,  
Mohr, Hug.

welcher abgelehnt wird.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten; auf die Vorlesung der Berichte wird verzichtet.

1. Wahl des Quotenausschusses.

Auf Vorschlag des Geschäftsverteilungsausschusses werden folgende Abgeordnete in den Quotenausschuß gewählt:  
aus dem Fürstentum Birkenfeld die Herren Jungbluth und Preßler,  
aus dem Fürstentum Lübeck die Herren Voß-Eutin und Tews,  
aus dem Herzogtum Oldenburg die Herren Tappenbeck und Schröder.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs für das Fürstentum Lübeck zur Abänderung des Gesetzes vom 20. Juli 1868, betr. die Erhebung einer Abgabe von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen. (Anl. 12, Nebenanlage A.)  
Berichterstatter: Abg. Voß-Eutin.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf auch in 2. Lesung seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, wird angenommen.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung eines Gesetzentwurfs für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Abänderung des Gesetzes vom 20. Juli 1868 über die Erhebung einer Abgabe von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen. (Anl. 12, Nebenanlage B.)  
Berichterstatter: Abg. Jungbluth.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle dem Entwurf auch in 2. Lesung seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung eines Gesetzentwurfs für das Herzogtum Oldenburg,



betr. Bestellung von Hypotheken für Ablösungskapitalien. (Anlage 23.)

Berichterstatter: Abg. Althorn-Zetel.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Bestellung von Hypotheken für Ablösungskapitalien. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Abg. Zeidler.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

6. Bericht des ständigen Landtagsausschusses über seine Tätigkeit während der Zeit vom Oktober 1904 bis November 1905.

Der Bericht wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Auf Antrag des Präsidenten werden Punkt 6 und 7 der Tagesordnung gemeinsam verhandelt.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betr. Uferschutzbauten in Dangast. (Anlage 5.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle sich mit den getroffenen Maßregeln einverstanden erklären und die Ausgabe zum Gesamtbetrage von rund 9680 M für den Uferschutz in Dangast nachträglich genehmigen,

wird angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betr. Landankauf für die Heil- und Pflegeanstalt Wehnen für Rechnung der Anstaltskasse. (Anlage 7.)

Berichterstatter: Abg. Lampe.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle das mit der Großherzoglichen Fondskommission getroffene Abkommen wegen dauernder Uebernahme der von dem Hausmann Wilken angekauften und der von dem Hausmann Borchers noch zu erwerbenden Ländereien zur Größe von zusammen 23,57 ha für Rechnung der Anstaltskasse in Wehnen genehmigen,

wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1906. 1. Lesung. (Anlage 22.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Montag abends 6 Uhr einzubringen.

10. Interpellation Boß-Eutin, betr. Versetzung der Stadt Eutin in eine höhere Servisklasse.

Nachdem der Abg. Boß-Eutin die Interpellation begründet hatte, erklärte Geheimer Oberregierungsrat Driever sich zur sofortigen Beantwortung derselben bereit und erklärte folgendes:

Das Staatsministerium hat in den letzten Jahren bereits zweimal einen Antrag auf Versetzung der Stadt Eutin, die gegenwärtig in der 4. Servisklasse steht, in eine höhere Servisklasse gestellt, jedoch ohne Erfolg. In Veranlassung einer Eingabe der in Eutin wohnenden Reichs- und preussischen Beamten vom August d. J. hat das Staatsministerium indessen beschlossen, bei der nächsten Revision des Servis-

tarifes abermals den Versuch zu machen, die Einreihung der Stadt in die 3. Klasse zu erreichen. Dem Beschlusse entsprechend wird zur gegebenen Zeit das Weitere veranlaßt werden.

Zur Erläuterung wird dabei bemerkt, daß nach einer kürzlich eingegangenen Bundesratsvorlage die nächste Revision des Servistarifes erst für das Jahr 1913 in Aussicht genommen ist. In Betreff des Wohnungsgeldzuschusses ist jedoch dem gegenwärtig tagenden Reichstag bereits eine Vorlage gemacht, wonach eine Erhöhung dieses Zuschusses für die Unterbeamten des Reichs um 50 Prozent der nach dem Gesetze vom 30. Juni 1873 gewährten Beträge vorgesehen ist.

11. Interpellation Koch, betr. Umarbeitung der am 10. Juli 1905 erlassenen Lehrziele für die evangelischen Volksschulen des Herzogtums.

Nachdem der Abg. Koch die Interpellation begründet hatte, erklärte sich der Minister Ruhstrat II, Czellenz, zur sofortigen Beantwortung bereit und erklärte folgendes:

Die Regierung beabsichtigt nicht, eine Umarbeitung der Lehrziele vornehmen zu lassen. Sie wird aber eine Erläuterung zu denselben herausgeben und zwar in folgendem Sinne:

1. Die Lehrziele sind auf Grund weitgehender Erfahrungen so gestellt, daß sie von jeder Schule erreicht werden können. Es wird aber selbstverständlich erwartet, daß unter günstigen Verhältnissen auch einklassige Schulen darüber hinausgehen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht zu besorgen, daß die einzelnen Hauptlehrer in den von ihnen aufzustellenden Lehrplänen hinter dem zurückbleiben werden, was ihre Schule zu leisten vermag. Im Interesse der Gründlichkeit des Unterrichts muß indes darauf gehalten werden, daß nur da über das vorgeschriebene Mindestmaß hinausgegangen wird, wo die Forderungen der Lehrziele tatsächlich erfüllt sind.

Uebrigens besteht die Absicht, neben den Lehrzielen noch einen erweiterten Plan für reich gegliederte Schulen zu veröffentlichen.

2. Die im Stundenplan vorgeschriebene Stundenverteilung bringt gegenüber den „früheren Grundlinien“ eine Verkürzung des Religionsunterrichts um 2 Stunden. Die hiernach vorgeschriebenen 7 Stunden Religionsunterricht kommen ganz von selbst auch anderen Fächern mit zu gute. Der Religionsunterricht wird der Weltgeschichte dienlich bei Behandlung der Kirchengeschichte, dem Lesen beim Bibellese, der deutschen Sprache durch die Forderung, daß die biblischen Geschichten von den Kindern mit eigenen Worten wiederzugeben sind.

3. Bei der Einteilung der Religionsstunden in Katechismus, biblische Geschichte usw. wird vorausgesetzt, daß, wie aller Unterricht auch diese Unterteile sich gegenseitig ergänzen und durchdringen. Mit der Nennung dieser einzelnen Teile im Stundenplan soll nur angedeutet werden, in welchem Verhältnis sie zu berücksichtigen sind. Es ist selbstverständlich, daß bei der biblischen Geschichte oder bei dem damit an passenden Stellen zu verbindenden Bibellese, Katechismusätze gewonnen oder verwertet und daß wiederum bei der zusammenhängenden Behandlung des Katechismus biblische Geschichten zur Erläuterung herangezogen werden.



Auf eine zusammenhängende Darstellung von Gesetz und Glauben kann freilich nicht verzichtet werden.

Ähnliches gilt von den Unterteilen des Hauptfaches „Deutsch“, die auf dem Stundenplan für die Oberstufe als Aufsatz, Sprache und Lesen gekennzeichnet sind. Doch muß die Art der hiernach zulässigen Verschiebungen aus Lehr- und Stundenplan ersichtlich sein.

4. Um hinsichtlich des Lehrziels für die Unterstufen im Rechenunterricht jeden Zweifel auszuschließen, wird noch einmal betont, daß das Einmaleins nicht im vierten, sondern jedenfalls im dritten Schuljahre sicher einzuüben ist. In Rücksicht jedoch darauf, daß sonst ausreichend begabte Kinder mehrfach gerade für das Rechnen eine geringere Befähigung zeigen, wird mit dem Satze, daß diese Kinder wenigstens am Ende des vierten Schuljahres das Einmaleins sicher beherrschen sollen, die Forderung aufgestellt, daß alle Schüler dann im Zahlenraum bis 100 sicher rechnen können.

5. Dem weltkundlichen Unterricht sind im Winterhalbjahr die beiden Stunden, die im Sommer für Turnen angelegt sind, zuzuweisen. Auch kann auf denselben wöchentlich eine Lese- und Unterrichtsstunde verwendet werden. An einlässigen

Schulen kann ferner auch das Turnen im Sommer auf zwei halbstündliche Lektionen beschränkt werden, so daß wöchentlich eine weitere Stunde für diesen Unterricht gewonnen wird.

Der Abg. Grape beantragte mit genügender Unterstützung:

Besprechung der Interpellation Koch, welche darauf stattfand.

Zur Geschäftsordnung beantragte Abg. Feigel:

Vertagung der Sitzung bis heute nachmittag 4 Uhr.

Der Antrag wird abgelehnt.

12. Punkt 12 wird wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse betreffenden Gesetze. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter Abg. Grape.

Abg. Koch stellte den genügend unterstützten Antrag: Absetzung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung, welcher angenommen wurde.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 49 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der fünften Sitzung des 30. Landtags vom 19. Dezember 1905.

Schröder.

v. Fritzen.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 19. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer v. Fricke das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Folgende Eingänge wurden verlesen:

1. Petition des Landes-Lehrervereins für das Fürstentum Lübeck wegen Gehaltsaufbesserung.  
Finanzausschuß.
2. Petition des Stammparzellisten Drückhammer u. Gen. zu Ahrensböck, betr. Erlaß der steuerartigen Beträge im Kanon pp.  
Finanzausschuß.
3. Petition der Pferdezüchter Landwühdens wegen Aenderung des Pferdezüchtgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Stadtmagistrates Varel, betr. Varel—Weser = Bahn.  
Eisenbahnausschuß.
5. Vorlage № 56 der Staatsregierung, betr. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck pro 1906.  
Finanzausschuß.
6. Petition des Vorstandes der Gemeinde Rodenkirchen betr. Bahn Rodenkirchen—Varel.  
Eisenbahnausschuß.
7. Petition des Stadtmagistrats Brake, betr. Herstellung einer Eisenbahn von Rodenkirchen nach Varel.  
Eisenbahnausschuß.
8. Vorlage № 57 der Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck wegen Aenderung des Schulgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
9. Vorlage № 58 derselben, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Schulgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Amtrats des Amtsverbandes Brake wegen der Bahn von Rodenkirchen nach Varel.  
Eisenbahnausschuß.
11. Petition der Grenz- und Steueraufsicher des Herzogtums wegen Erhöhung ihres Gehalts.  
Finanzausschuß.
12. Petition des Gemeindevorstandes zu Schortens, betr. Varel—Weser = Bahn.  
Eisenbahnausschuß.
13. Petition des Direktors und der Oberlehrer an der Navigationschule zu Esfleth, betr. Gleichstellung mit den Direktoren bezw. Oberlehrern der übrigen höheren Schulen.  
Finanzausschuß.
14. Vorlage № 59 der Staatsregierung, betr. Voranschlag des Eisenbahnbaufonds pro 1906 und Nachweisung über Einnahmen und Ausgaben für die Finanzperiode 1903/5.  
Eisenbahnausschuß.
15. Vorlage № 60 derselben, betr. Fürsorge für Witwen und Waisen der Schulvorsteher der landwirtschaftlichen Winterschulen.  
Verwaltungsausschuß.
16. Petition des H. Brüning hies., betr. Einziehung und Prüfung von Strafakten zc.  
Verwaltungsausschuß.

17. Vorlage *N* 61 der Staatsregierung, betr. Landes-  
kasserechnungen des Fürstentums Birkenfeld für  
1900, 1901 und 1902.  
Finanzausschuß.
18. Vorlage *N* 62 der Staatsregierung, betr. Verzeich-  
nisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1902—1905  
im Staats- und Krongut der 3 Provinzen vor-  
gekommenen Veränderungen.  
Finanzausschuß.
19. Vorlage *N* 63 derselben, betr. Uebersichten über Er-  
träge der Staatsforsten aus 1902/3, 1903/4, 1904/5.  
Finanzausschuß.
20. Petition des Deutschen Vereins enthaltamer Eisen-  
bahner in Marburg, betr. Alkoholenthaltung seitens  
der Beamten *z.*  
Eisenbahnausschuß.
21. Petition der Frau Naumann, betr. Beschwerde  
gegen die oldenburgische Rechtspflege.  
Verwaltungsausschuß.
22. Petition der Grundbesitzer aus dem vormaligen  
Amte Ahrensböck, betr. Ablehnung der Anlage 24.  
(Gesetz für Lübeck wegen Ablösungskapitalien.)  
Als verspätet eingegangen zurückgesandt.
23. Petition des Gemeindevorstandes zu Bant, betr.  
Barel—Wefer = Bahn.  
Eisenbahnausschuß.
24. Vorlage *N* 64 der Staatsregierung, betr. Gesetz  
für das Herzogtum wegen Errichtung einer Ärzte-  
kammer und ärztlicher Ehrengerichte.  
Verwaltungsausschuß.
25. Vorlage *N* 65 derselben, betr. Vorlegung der Haupt-  
bücher über Einnahmen und Ausgaben der Kronguts-  
kasse des Herzogtums für 1902/4; der Kronguts-  
kasserechnungen für Lübeck und Birkenfeld für 1902/4.  
Finanzausschuß.
26. Vorlage *N* 66 derselben, betr. Inventarien der zur  
Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke.  
Eisenbahnausschuß.
27. Vorlage *N* 67 derselben, betr. Vorlegung der Landes-  
kasserechnungen für Lübeck für 1900/2 *z.*  
Finanzausschuß.
28. Vorlage *N* 68 derselben, betr. Einnahmen und Aus-  
gaben der Staatsgutskapitalienkasse der Fürstentümer  
Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1906.  
Finanzausschuß.
29. Vorlage *N* 69 derselben, betr. Voranschlag der  
Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds  
für 1906.  
Finanzausschuß.
30. Vorlage *N* 70 derselben, betr. Flüssigmachung von  
10 Millionen Mark durch Veräußerung von Schuld-  
verschreibungen der Staatskreditanstalt.  
Finanzausschuß.
31. Petition des Gemeinderats von Sande, betr. die  
Bahnverbindung von Barel nach Butjadingen.  
Eisenbahnausschuß.
32. Petition des Gemeindevorstandes zu Schwei, betr.  
die Bahn Rodenkirchen—Barel.  
Eisenbahnausschuß.

33. Petition der Stationsarbeiter der Station Olden-  
burg, betr. Berücksichtigung bei Festsetzung des Or-  
ganisationsstatuts.  
Eisenbahnausschuß.
34. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Tossens,  
betr. Bewilligung eines Zuschusses zur Pflasterung  
des Weges von Tossenser Altendeich bis zum Tossenser  
Deich.  
Finanzausschuß.
35. Petition der Vereinigung der Wegewärter für das  
Herzogtum Oldenburg, betr. Gehaltserhöhung und  
Lieferung eines Dienstanzeuges.  
Finanzausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit der Ueberweisung der-  
selben an die angegebenen Ausschüsse einverstanden.

Ferner teilte der Präsident mit, daß eine Petition von  
einer Frau Naumann, Oldenburg, eingegangen sei, die  
er dem Verwaltungsausschuß überwiesen habe, der aber  
der Ansicht war, sie sei für eine Verhandlung im Landtage  
nicht geeignet. Der Präsident schlug vor, und der Landtag  
stimmte zu, die Petition im Archiv niederzulegen.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Auf  
Verlesung der Berichte wurde verzichtet.

1. Berichte der Mehrheit und Minderheit des Ver-  
waltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für  
das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes  
über die Besteuerung des Wandergewerbes von 22. Februar  
1898. 1. Lesung. (Anlage 32.)

Berichterstatter der Mehrheit: Abg. Grape.

" " Minderheit: Abg. Schulz.

Der Antrag der Minderheit des Ausschusses wurde  
abgelehnt, der Antrag der Mehrheit angenommen. An-  
träge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag, 21. Dezember,  
6 Uhr abends, einzureichen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Ent-  
wurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr.  
die Staatskreditanstalt für das Herzogtum Oldenburg.  
1. Lesung. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Zetel.

Die Ausschußanträge 1—9 werden angenommen.

Antrag 11 wird abgelehnt, dagegen werden Antrag 10,  
sowie die Anträge 12—26 angenommen.

Der Präsident gibt bekannt, daß Anträge zur 2. Le-  
sung bis Donnerstag, 21. Dezember, abends 6 Uhr, ein-  
zureichen seien.

Auf Antrag des Präsidenten wird die Sitzung um  
1 Uhr 15 Minuten auf 4 Uhr nachmittags vertagt.

Fortsetzung 19. Dezember 1905, nachmittags 4 Uhr.

Der Präsident eröffnete die Sitzung.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über die ab-  
ändernden Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines  
gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt  
Lübeck und das Großherzoglich Oldenburgische Fürstentum  
Lübeck unter dem 29./30. September 1878 abgeschlossenen  
Vertrage. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Zeidler.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Anstellung zwei weiterer ordentlicher Seminarlehrer am Seminar in Oldenburg. (Anlage 4.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Hartwarderwarp.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Oldenburgischen Landes-Lehrervereins, betr. Bestimmungen über die in das Schullehrerseminar in Oldenburg aufzunehmenden Zöglinge vom 18. Juni 1871.

Berichterstatter: Abg. Grape.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. 1. Lesung. (Anlage 47.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Zetel.

Die Ausschußanträge 1 und 2 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Donnerstag, 21. d. M., abends 6 Uhr, einzureichen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Stadtmagistrats Fever und Beseitigung der Abortgruben bei dem Gymnasium in Fever.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Dieser Punkt wurde von der Beratung abgesetzt, da der hierfür bestimmte Regierungsvertreter nicht anwesend war.

8. Wahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters für die verstärkte Obererfakkommission für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 10.)

Es wurde beschlossen, diese Wahl durch Affkamation vorzunehmen. Der Abg. Tappenbeck schlägt vor:

als Mitglied: Ad. Cornelius, Rentner, Oldenburg,

als Stellvertreter: Herm. Stöver, Rentner, Oldenburg.

Der Antrag wurde angenommen.

9. Wahl dreier Mitglieder und dreier Ersatzrichter des Staatsgerichtshofes. (Anlagen 41/46.)

Der Landtag beschließt, die Wahl durch Affkamation vorzunehmen und wählt auf Antrag des Abg. Tappenbeck:

I. als Mitglieder:

Oberlandesgerichtspräsident Bothe,

Oberlandesgerichtsrat Fortmann,

Landgerichtsdirektor Bödcker,

II. als Ersatzmänner:

Geh. Justizrat Brauer,

Landgerichtsdirektor Erk,

Oberlandesgerichtsrat Tenge.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. Mai 1867. 1. Lesung. (Anlage 21.)

Berichterstatter: Abg. Schwarting.

Die Ausschußanträge 1, 2 und 3 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 21. Dezember, abends 6 Uhr, einzureichen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Wirteverbandes des Oldenburger Landes, betr. Freigabe von Tanzbelustigungen in der Advent- und Fastenzeit.

Berichterstatter: Abg. Schwarting.

Ein Antrag Wessels auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt.

Ein Antrag Schulz auf Feststellung der Stimmen bei der Abstimmung wurde angenommen.

Der Antrag 2 der Minderheit des Ausschusses wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag 1 der Mehrheit des Ausschusses mit 29 Stimmen angenommen.

12. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Signers Joh. Trienen zu Cloppenburg und Bewilligung der Veteranenbeihilfe.

Berichterstatter: Abg. Taphorn.

Da die Regierung inzwischen die Beihilfe bewilligt hat, ist die Petition erledigt.

Der Präsident teilte mit, daß die nächste Sitzung am Mittwoch, 20. Dezember, morgens 10 Uhr, stattfinden werde und gab folgende Tagesordnung hiersür bekannt:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1906. 1. Lesung. (Anlage 31.)

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse betreffenden Gesetze. 1. Lesung. (Anlage 1.)

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1906. (Anlage 37.)

Schluß der Sitzung 5 Uhr 50 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der sechsten Sitzung des 30. Landtags am 20. Dezember 1905.

Schröder.

Falz.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

## XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

### Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 20. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Falz das Protokoll der vorigen Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Eingegangen ist eine Petition für

1. den Hausmann B. G. zu Feddeloh in Hauwieck, Gemeinde Westerstede und
2. den Hausmann F. D. zu Feddeloh in Feddeloh I, Gemeinde Edewecht, betr. Veranlassung der Verhütung von Schädigungen durch Einwirkung des Hunte-Ems-Kanals.

Die Petition wurde mit Genehmigung des Landtags dem Verwaltungsausschusse überwiesen.

Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen des Herzogtums für das Finanzjahr 1906. (Anlage 31.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Die Anträge des Ausschusses № 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 wurden angenommen, ebenso der Antrag № 14.

Es folgte

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums im Jahre 1906.

Berichterstatter für §§ 1—15: Abg. Tappenbeck.

Die Anträge des Finanzausschusses № 1, 2, 3 wurden angenommen.

Zu § 8 der Ausgaben wurde auf Antrag der Staatsregierung beschlossen, die Beratung über diesen § mit der Beratung des Berichts des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse

betreffenden Gesetze (Anlage 1), zu verbinden und bis zur Nachmittagsitzung auszusetzen.

Die Anträge № 9, 10 und 11 wurden angenommen.

Damit wurde die Vormittagsitzung geschlossen und die Fortsetzung der Sitzung auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt. Schluß der Sitzung 1 Uhr 7 Minuten.

In der Nachmittagsitzung, welche um 4 Uhr vom Präsidenten eröffnet wurde, kam zunächst § 8 der Ausgaben in Verbindung mit dem Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Aenderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse betreffenden Gesetze (Anl. 1), zur Beratung.

Berichterstatter für den zuletzt genannten Bericht ist der Abg. Grape.

Die Minderheit des Finanzausschusses stellte zu ihren Anträgen (№ 6 und 7 der Anträge des Finanzausschusses zu den §§ 1—15 der Ausgaben) folgenden Verbesserungsantrag:

I. Ziffer 3. Die Unterstützung soll in der Regel betragen bei einer auf Grund einer Pflichtversicherung erworbenen Witwenpension von

1 bis 100 M. einschließlich	100%
100 " 200 " "	80%
200 " 400 " "	50%
400 " 500 " "	30%
500 " 700 " "	20%
700 " 1200 " und darüber	15%

II. Annahme des § 8 mit der Aenderung, daß 55 000 M. eingestellt werden.

Die Auschußanträge (Minderheitsanträge) **Nr** 6 und **Nr** 7 in Verbindung mit dem Verbesserungsantrage der Minderheit wurden in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Mit „Ja“ stimmten die Abgg. Ahlhorn-Osternburg, Dauen, Heitmann, Hug, Lampe, Schulz, Schwarzing und Zeidler.

Mit „Nein“ stimmten die Abgg. Ahlhorn-Hartwardermurp, Burlage, tom Dieck, Enneking, Falz, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Grape, Griep, Hollmann, Jungbluth, Koch, Lanje, Mohr, Müller, Presser, Rodenbrock, Schröder, Schulte, Schute, Tanzen, Taphorn, Tappenbeck, Tewz, Thorade, Voß-Cutin, Voß-Pansdorf, Wenke, Wessels und Wilken.

Bei der Abstimmung fehlte der Abg. Ahlhorn-Betel.

Die Anträge **Nr** 4, 5 des Finanzausschusses und die Anträge **Nr** 1, 2, 3, 4 des Verwaltungsausschusses zu dem Bericht über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenfasse betreffenden Gesetze, wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs in Anlage 1 sind bis Donnerstag abend 7 Uhr einzureichen.

Der Antrag **Nr** 8 des Finanzausschusses wurde angenommen.

Alsdann wurde in die Beratung der §§ 16—34 eingetreten.

Berichterstatter: Abg. Lampe.

Die Anträge **Nr** 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23 und 24 des Ausschusses wurden angenommen.

Darauf folgte die Beratung über die §§ 35 bis 48.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag 25 des Ausschusses wurde angenommen.

Der Präsident teilte darauf die nachstehende Verord-  
nung, betr. Vertagung und Verlängerung des Landtags, mit:

Wir Friedrich August, von Gottes Gnaden Großherzog von Oldenburg, Erbe zu Norwegen, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, der Dithmarschen und Oldenburg, Fürst von Lüneburg und Birkenfeld, Herr von Sever und Kniphausen usw.

verordnen hierdurch was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtages wird bis zum 28. Februar 1906 verlängert.

Zugleich wird der Landtag im Einverständnis mit ihm vom 22. d. Mts. bis zum 16. Januar 1906 vertagt.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedruckten Großherzoglichen Insiegels.

Gegeben Oldenburg, den 20. Dezember 1905.

(L. S.)

Friedrich August.

Willich.

Cassebohm.

Die folgende Sitzung wurde vom Präsidenten auf Donnerstag, den 21. d. Mts, vormittags 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung angefahrt:

Fortsetzung der Beratung des Berichts des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums für 1906 von § 41 fortfahrend.

Schluß der Sitzung 7 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. Sitzung des 30. Landtags am 21. Dezember 1905.

Schröder.

Voß-Cutin.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Boß-Gutin das Protokoll der letzten Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Der Präsident teilte folgende Eingänge mit:

1. Petition des H. Brüning in Oldenburg, betr. Nachfuge zu seiner Eingabe vom 12. Dezember 1905. Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Brazer Handelsvereins, betr. Bahn Rodenkirchen—Varel. Eisenbahnausschuß.
3. Petition der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Steuerreform. Finanzausschuß.

Die Verweisung an die betreffenden Ausschüsse wurde genehmigt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Fortsetzung der Beratung des Berichts des Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Großherzogtums Oldenburg für das Jahr 1906 vom § 41 fortgehend.

1. Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge 26 bis 29 wurden angenommen.

Auf Antrag des Berichterstatters Feldhus wurden die Anträge 89 und 90 zur Beratung gestellt und angenommen.

Der Antrag 30 wurde angenommen.

2. Berichterstatter: Abg. Hug.

Antrag 31 wurde angenommen.

Zum Antrag 32 stellte der Abg. Müller folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Antrag zu § 51c.

In der Begründung sind die Worte nachzuführen:

Bei Verwendung dieser Summen sind die Wünsche der Handwerker- und Handelskammer tunlichst zu berücksichtigen.

Müller.

Zum Antrage 33 stellte Abg. tom Dieck folgenden ebenfalls genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Sch beantrage

In dem Antrage 33 nach den Worten:

c. für die Förderung der Gewerbetätigkeit und für die fachgewerbliche Ausbildung von selbständigen Gewerbetreibenden, Handwerkern und Arbeitern — —

nachzuführen:

„sowie zur Hebung des Kleinhandels.“ — — —

Zu § 51:

„Bei Verwendung dieser Summe sind diesbezügliche Vorschläge der Handwerks- und der Handelskammer tunlichst weit zu berücksichtigen“

und zu streichen

den Absatz enthaltend die Bemerkung „zu § 51“ bis „Arbeiter“.

Max tom Dieck.

Diese Anträge wurden mitberaten.

Der Antrag 32 nebst Verbesserungsantrag Müller wurde angenommen, damit fiel Antrag 33 mit Antrag tom Dieck.

Antrag 34 wurde angenommen.

Auf Antrag des Abg. Ahlhorn-Osternburg wurde sodann die Sitzung auf nachmittags 4 Uhr vertagt.  
Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Fortsetzung nachmittags 4 Uhr.

Der Präsident eröffnete die Sitzung.

Die Anträge 35—40 wurden angenommen.

3. Berichterstatter: Abg. Burlage.

Antrag 41 wurde angenommen.

Sodann stellte Abg. Tanzen folgenden, genügend unterstützten Antrag:

Sch beantrage:

Der Landtag spricht dem Herrn Minister Kuhstrat II sein Vertrauen aus und erklärt die Ausführungen des Herrn Abg. Hug für erledigt.  
Tanzen.

Auf Antrag des Abg. Tappenbeck wurde namentliche Abstimmung über diesen Antrag beschlossen.

Für diesen Antrag stimmten: Burlage, tom Dieck, Falz, Feigel, Feldhus, v. Friden, Grape, Griep, Hollmann, Jungbluth, Koch, Lanje, Mohr, Müller, Presser, Rodenbrock, Schröder, Schulte,

Schute, Schwarting, Tanzen, Taphorn, Tappenbeck, Tews, Thorade, Voß-Eutin, Voß-Pansdorf, Wenke, Wessels, Wilken, Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Ahlhorn-Hartwarderwarp.

Gegen diesen Antrag stimmten: Dauen, Heitmann, Hug, Schulz, Zeidler.

Der Stimme enthielten sich: Enneking und Lampe.

Darauf wurden die Anträge 42—50 angenommen.

4. Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Osternburg.

Die Anträge 51—55 wurden angenommen, Antrag 56 abgelehnt. Die Anträge 57—70 wurden angenommen, Antrag 70a abgelehnt. Antrag 71 wurde angenommen. Darauf wurde die Sitzung auf morgen 10 Uhr vertagt.

Der Präsident teilte folgende Tagesordnung für morgen mit:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. Abänderung der die Witwen-, Waisen- und Leibrentenkasse betreffenden Gesetze.

2. Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Ausgaben des Herzogtrms für 1906.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 55 Minuten nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Sitzung des 30. Landtags am 22. Dezember 1905.

Schröder.

v. Friden.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

## XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

### Achte Sitzung.

Oldenburg, den 22. Dezember 1905, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer v. Fricke das Protokoll der siebten Sitzung; dasselbe wurde genehmigt.

Der Präsident teilte dem Landtag eine schriftliche Erklärung des Abg. Lampe bezüglich seiner Abstimmung beim Vertrauensvotum an Se. Exzellenz den Minister Ruhlstrat II mit.

Darauf wurden folgende Eingänge verlesen.

1. Petition des Amtsvorstandes des Amtsverbandes Sever, betr. den Ausbau der Eisenbahn von Varel nach der Weser.

Für den Eisenbahnausschuß.

2. Petition des Gemeindevorstandes von Bant, betr. Erhebung einer Grundstücks-Umsatzsteuer bezw. Wert-Zuwachsststeuer.

Für den Finanzausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit der Ueberweisung der Petitionen an die betreffenden Ausschüsse einverstanden.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht des

Finanzausschusses über den Voranschlag der Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1906.

1. Berichterstatter: Abg. Enneking.

Die Anträge 72—76 wurden angenommen.

Antrag 77 wurde abgelehnt und damit die Position eingestellt.

Antrag 78 wurde angenommen.

Antrag 79 wurde abgelehnt und Antrag 80 angenommen.

Die Anträge 81—88 wurden angenommen.

2. Berichterstatter: Abg. Wenke.

Anträge 89 und 90 sind erledigt.

Anträge 91—118 wurden angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1906. (Anlage 37.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Die Ausschußanträge wurden angenommen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 45 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. Sitzung des 30. Landtags am 16. Januar 1906.

Schröder.

v. Fricke.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 16. Januar 1906, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Geh. Ministerialrat v. Finckh, Oberfinanzrat Bödeker, Regierungsrat Callmeyer-Schmedes, Oberregierungsrat Gramberg.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Schriftführer v. Fricken verliest das Protokoll der 8. Sitzung. Dasselbe wird genehmigt. Schriftführer Wolf (Gutin) verliest folgende Eingänge:

1. Petition der Kottenarbeiter der Station Oldenburg, betr. Aufbesserung ihrer Löhne.  
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des B. G. zu Feddeloh zu Hauwief, betr. Veranlassung der Verhütung von Schädigungen durch Einwirkungen des Hunte-Ems-Kanals.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Oberlandesgerichtsboten Harms, betr. Gleichstellung im Gehalte mit den Boten beim Staatsministerium, bei den Aemtern und Amtsgerichten.  
Finanzausschuß.
4. Petition des Verbandes deutscher Landwirtschaftslehrer, Unterverband Oldenburg, betr. Anstellungsverhältnisse der Leiter landw. Winterschulen im Herzogtum.  
Finanzausschuß.
5. Schreiben des Staatsministeriums, betr. Mitteilung über die Ernennung von Mitgliedern und Ersatzrichtern des Staatsgerichtshofs seitens der Staatsregierung.
6. Petition der Oberbeamten der Zoll- und Steuerverwaltung in Oldenburg, betr. Gehaltsverhältnisse.  
Finanzausschuß.
7. Petition der Eisenbahn-Schaffner hies., betr. andere Bewertung ihrer bestandenen Prüfung.  
Eisenbahnausschuß.
8. Petition der Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Entwurf des Einkommensteuer-, Stempelsteuer- und Gerichtskosten-Gesetzes.  
Finanzausschuß.
9. Petition des Direktors H. Diejener zu Varel, betr. Nachtrag zu seiner Petition vom 4. November 1905.  
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Vorstandes der Landgemeinde Varel, betr. die Varel-Weferbahn.  
Eisenbahnausschuß.
11. Vorlage 71 der Staatsregierung, betr. Aenderung zu dem Entwurfe des Einkommensteuer- und Vermögenssteuergesetzes. (Anlage 28 I und II.)  
Finanzausschuß.
12. Petition der Weichenwärter hieselbst, betr. Gleichstellung mit den übrigen Unterbeamten im Gehalt.  
Eisenbahnausschuß.
13. Petition des Boten beim Landgericht zu Oldenburg, Joh. Bunjes, betr. Gleichstellung im Gehalte mit den Boten beim Staatsministerium, bei den Aemtern und Amtsgerichten des Großherzogtums.  
Finanzausschuß.
14. Petition des Verbandes deutscher biochemischer Vereine in Bant, betr. Ablehnung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte.  
Verwaltungsausschuß.
15. Petition des Gemeindevorstehers zu Seefeld, betr.

Bau einer Bahn von Nordenham über Abbehausen, Seefeld, Schweiburg nach Varel.

Eisenbahnausschuß.

16. Schreiben des Staatsministeriums, betr. Einstellung einer Pöj. 10a in den Voranschlag des Fürstentums Lübeck: „zu Gratifikationen an Gendarmen 2c. 200 M.“

Finanzausschuß.

Gegen die Ueberweisung an die verschiedenen Ausschüsse erhebt sich kein Widerspruch.

Der Präsident teilt den Eingang folgender genügend unterstützter Interpellation des Abg. Tautzen mit:

„Zu welchem Ergebnisse hat die im Landtagsabschiede für den 28. Landtag (§ 10) zugesicherte Prüfung der Frage, ob die auf deichpflichtigem Lande vorhandenen Gebäude ihrem Interesse an der Unterhaltung der Deiche entsprechend mit zur Deichlast heranzuziehen sind, geführt, und beabsichtigt die Großherzogliche Staatsregierung der jetzigen Versammlung des Landtags eine entsprechende Vorlage zu machen?“

Es wird beschlossen, die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Der Präsident macht ferner die Mitteilung, daß laut Schreiben der Staatsregierung vom 15. Januar 1906 der Abg. Lampe sein Mandat niedergelegt hat. Der Abg. Falz ist wegen Krankheit verhindert.

Ferner wird dem Landtag eine Einladung des Vorstandes des Vereins Oldenburger Hengsthalter bekannt gegeben.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

1. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Gesetzes vom 22. April 1858, betr. einige Bestimmungen

über die Tragung der Kosten der evangelischen und katholischen Schulachten. 1. Lesung. (Anlage 20.)

Auf Antrag der Staatsregierung beschließt der Landtag, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes vom 18. Januar 1876 über die Schulpflichtigkeit taubstummer Kinder. 1. Lesung. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Taphorn.

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen. Ebenso der Antrag 2.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag abend 6 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Aenderung der Begeordnung vom 20. April 1891. 1. Lesung. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Voß (Pansdorf).

Der Antrag 1 des Ausschusses wird angenommen, ebenso der Antrag 2.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Freitag abend 6 Uhr einzureichen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Eingabe des Stadtmagistrats Zeven um Beseitigung der Abortgruben bei dem Gymnasium in Zeven.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten auf den 19. Januar 1906 festgesetzt und die Tagesordnung bekannt gegeben.

Vormittags 12 Uhr schließt der Präsident die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. Sitzung des 30. Landtags am 19. Januar 1906.

Schröder.

Voß-Cutin.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 19. Januar 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Bofß (Cutin) das Protokoll der 9. Sitzung.

Dasselbe wurde genehmigt.

Darauf verlas der Schriftführer v. Fricke folgende Eingänge:

1. Petition des Vereins Oldenburger Haltestellen-Aufsicher zu *N* 38 und 39 der Vorlage 29 betr. die Organisation der Eisenbahnverwaltung.  
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des Vereins für Gesundheitspflege und Naturkunde in Oldenburg, betr. Ablehnung des Gesetzesentwurfs, betr. die Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition der Hufner, Halbhufner, Erbpächter u. des vorm. Amts Ahrensböck, betr. Erlaß der in den sog. stehenden Gefällen enthaltenen steuerartigen Beträge und Zurückstattung des Zuvielbezahlten.  
Finanzausschuß.
4. Vorlage 72. Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen zur Regelung der Lotterieverhältnisse u.  
Finanzausschuß.

Die Verweisung derselben an die verschiedenen Ausschüsse wurde vom Landtage genehmigt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskasse für 1906. (Anlage 33.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Die Anträge 1—5 wurden angenommen.

Zu Antrag 6 stellte Abg. Wilken folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

„Ich beantrage, den Antrag 6 durch folgenden Antrag 6 zu ersetzen:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß zu *Pos.* 93 Ziffer 9 für den Ankauf der ehemaligen Zwangserziehungsanstalt in Wechta mit einem angemessenen der Bahn benachbarten Teile des Grundstücks und für den Umbau der ehemaligen Zwangserziehungsanstalt in eine Vierfamilienwohnung für Eisenbahnbeamte 6200 *M.* mehr eingestellt werden.“

Der Abgeordnete Burlage stellte folgenden Eventualantrag:

„Zurückverweisung der *Pos.* 93 Ziffer 9 mit dem Verbesserungsantrag Wilken an den Eisenbahnausschuß.“

Beide Anträge wurden abgelehnt und der Ausschußantrag 6 angenommen, ebenso die Anträge 7—13.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandergewerbes vom 22. Februar 1898. (Anlage 32.)

Berichterstatter: Abg. Grape.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Interpellation Tanzen, betr. Heranziehung der auf deichpflichtigem Lande vorhandenen Gebäude zur Tragung der Deichlast.

Nachdem der Abg. Tanzen die Interpellation begründet hatte, erklärte sich die Großherzogliche Staatsregierung zur sofortigen Beantwortung bereit.



Regierungsrat Willms gab darauf folgende Erklärung ab:

„Die Frage, ob die auf deichpflichtigem Lande vorhandenen Gebäude ihrem Interesse an der Erhaltung der Deiche entsprechend mit zur Tragung der Deichlast heranzuziehen sind, ist einer Prüfung unterzogen worden, die indessen zu einem völligen Abschlusse noch nicht geführt hat. Es schweben zur Zeit Verhandlungen wegen Abänderung der Deichordnung auch in anderen Punkten.

Die Staatsregierung hält es für zweckmäßig, diese Punkte gemeinsam mit der in der Interpellation aufgeworfenen Frage zu behandeln und hofft dem jetzt tagenden Landtage noch einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Beschlußfassung zugehen lassen zu können.“

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Präsident erklärte, daß die Tagesordnung der nächsten Sitzung schriftlich mitgeteilt werden solle.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. Sitzung des 30. Landtags am 30. Januar 1906.

Schröder.

v. Fricke.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 30. Januar 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß der Abg. Ahlhorn (Hartwarderwupp) beurlaubt sei.

Hierauf verliest der Schriftführer das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wird.

Folgende Eingänge wurden verlesen:

1. Petition des Hausbesitzer-Vereins Oldenburg nebst Nachtrag, betr. Reform eventl. Neuorganisation der Oldenb. Landesbrandkasse.  
Verwaltungsausschuß.
2. Vorlage 73 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Aufstellung einer Berechnung über das finanzielle Ergebnis des Jahres 1906 und der späteren Jahre.  
Eisenbahnausschuß.
3. Vorlage 74 derselben, betr. Trennung der Stellen des Landesökonomie-Kommissärs und Domänen-Inspektors und an Stelle des ersteren Anstellung eines besonderen landwirtschaftlichen Referenten beim Staatsministerium, Departement des Innern, mit dem regulativmäßigen Gehalte der vortragenden Räte beim Staatsministerium.  
Finanzausschuß.
4. Petition des Zeichenlehrers Dillmann in Delmenhorst, betr. Anstellung und Befoldung geprüfter Zeichenlehrer.  
Finanzausschuß.
5. Petition des Mandatars Friedr. Raber in Oberstein und Genossen, betr. Zulassung zur mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht.  
Verwaltungsausschuß.
6. Petition des Naturheilvereins Barel,
7. desgleichen des Naturheilvereins Brake,
8. desgleichen desselben in Oldenbrot,
9. desgleichen des Vereins für Gesundheitspflege und Naturheilkunde in Jade,  
Verwaltungsausschuß.
10. Petitionen der Erbpächter der vormaligen Güter Eckhorst und Mori, betr. Entschädigung für die denselben auferlegten Steuern und Ablösung der Reallasten mittels Amortisation.  
Finanzausschuß.
11. Vorlage 75 der Staatsregierung, betreffend Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Ziegenbockföhrung.  
Verwaltungsausschuß.
12. Vorlage 76 der Großherzogl. Staatsregierung, betr. Bewilligung von 10400 *M.* zu § 26 der Ausgaben des Voranschlags der Landeskasse des Fürstentums Birkenfeld für das Finanzjahr 1906 statt der beantragten 5000 *M.* und Erhöhung der Einnahmen des § 22 um 5400 *M.*  
Finanzausschuß.
13. Vorlage 77 der Staatsregierung, betr. Ausnahmetarif für Kleierde.  
Eisenbahnausschuß.
14. Petition der Erbpächter des vorm. Gutes Stockels-

betreffend  
Errichtung einer  
Kerzefammer  
und  
ärztlicher Ehren-  
gerichte.



dorf, betr. Entschädigung für die denselben auferlegten Steuern.

Finanzausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit der Ueberweisung der Eingänge an die genannten Ausschüsse einverstanden.

Betreff der Wahl des Abg. Gerdes an Stelle des zurückgetretenen Abg. Lampe (Fever) beantragt Abg. Voß (Gutin) namens der mit der Prüfung der Wahl beauftragten Kommission diese Wahl für gültig zu erklären. Der Landtag gibt diesem Antrage Folge, worauf der Präsident den Abg. Gerdes durch Handschlag auf seinen früheren Dienst-eid verpflichtet.

Auf Antrag des Abg. Tanzen wird der Abg. Gerdes dem Finanzausschuß zuerteilt.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. (Anlage 47.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Zetel).

Der Ausschuh Antrag wurde angenommen.

2. Bericht desselben zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. die Aenderung der Wegeordnung vom 20. April 1891. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Voß (Pausdorf).

Der Ausschuh Antrag wurde angenommen.

3. Bericht desselben zur 2. Lesung über die abändernden Bestimmungen zu dem über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts für die freie und Hansestadt Lübeck und das Großherzoglich oldenburgische Fürstentum Lübeck unter dem 29./30. September 1878 geschlossenen Vertrage. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Zeidler.

Der Ausschuh Antrag wurde angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Ueberweisung des staatlichen Anteils an dem Erlöse aus dem Verkauf des alten Schulhauses zu Wangerooze an die Schulacht Wangerooze zur Errichtung eines neuen Schulhauses. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Osternburg).

Der Ausschuh Antrag:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Erlös aus dem Verkaufe des alten Schulhauses, soweit er in die Staatskasse fließen würde, der Schulacht Wangerooze zur Errichtung eines neuen Schulhauses überwiesen wird, wurde angenommen.

5. Bericht desselben zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Abänderung des Gesetzes vom 18. Januar 1876 über die Schulpflichtigkeit taubstummer Kinder. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Taphorn.

Der Ausschuh Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Staatskreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Zetel).

Die Ausschuh Anträge 1, 2, 3 und 4 wurden angenommen.

Der Antrag 5 wurde angenommen mit der Abänderung „beschlossenen Abänderungen“ statt „beantragten Abänderungen“.

7. Selbständige Anträge der Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg) und Feldhus, betreffend Einführung der geheimen und direkten Wahl zum Landtage.

Vor Eintritt in die Beratung gibt der Minister Cz. Willich seitens der Großherzoglichen Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung hat bisher Bedenken getragen, eine Aenderung der Vorschriften über die Landtagswahlen in Angriff zu nehmen, weil sie der Ansicht war, daß ein Bedürfnis dafür bisher nicht hervorgetreten sei. Nachdem die Aenderung vom Landtage wiederholt angeregt und dabei namentlich betont worden ist, daß sie dazu beitragen werde, die Beteiligung an den Wahlen zu verstärken, wie solches nur wünschenswert erscheinen kann, ist die Staatsregierung bereit, in eine nähere Prüfung der Frage einzutreten, ob und unter welchen Voraussetzungen sie einer Aenderung des Wahlrechts, durch welche direkte Wahlen eingeführt werden, zustimmen kann. Ueber das Ergebnis der Prüfung muß sie sich die endgültige Entscheidung selbstredend vorbehalten. Schon jetzt aber muß hervorgehoben werden, daß sie direkte Wahlen nur dann für angängig wird halten können, wenn gleichzeitig das Wahlrecht, wenn auch fernerhin nicht von dem Besitz der Staatsangehörigkeit, so doch jedenfalls von einem längeren Aufenthalt im Großherzogtum abhängig gemacht wird, wie solches zweifellos auch im Sinne unseres Staatsgrundgesetzes liegt. Denn nur dadurch kann eine Gewähr dafür geboten werden, daß auf die Wahlen nicht solche Eingeseffene einen erheblichen Einfluß gewinnen können, die zu wenig mit den Verhältnissen des Landes vertraut und daher nicht im stande sind, bei Ausübung des Wahlrechts das Interesse des Landes genügend zu berücksichtigen.

Die Frage, ob und in welcher Weise eventl. die Einteilung der Wahlkreise zu ändern wäre, muß der weiteren Prüfung vorbehalten bleiben.

An die Erklärung knüpfte der Minister den Wunsch, von der Staatsregierung jetzt nicht weitere Aufklärung zu verlangen, da die Prüfung der Regierung noch nicht abgeschlossen sei und sie sich nicht festlegen könne.

Der Abg. Tappenbeck stellt folgende genügend unterstützte Verbesserungsanträge:

Zum selbständigen Antrag des Abg. Ahlhorn, betr. Einführung direkter Wahlen zum Landtage, stelle ich folgende Verbesserungsanträge:

1. dem Antrage Ahlhorn ist nachzuführen:

Zugleich ist auf eine neue Wahlkreiseinteilung Bedacht zu nehmen dergestalt, daß in der Regel aus jedem Wahlkreise ein Abgeordneter zu wählen ist. Dabei sollen jedoch politische Gemeinden nicht geteilt und weder mehreren verschiedenen Wahlkreisen zugeteilt, noch in mehrere selbständige Wahlkreise zerlegt werden.



2. dem Antrage Ahlhorn ist ferner nachzuführen:  
Die Staatsregierung wird ferner ersucht, zu erwägen, ob nicht für Wahlkreise, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist, die Übernahme der Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl vorzunehmen ist.

Der Abg. Burlage stellt zu dem Antrage Feldhus folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Wir beantragen:

in diesem Antrage die Worte:

„ein Abgeordneter zu wählen ist“

zu ersetzen durch die Worte:

„nicht mehr als zwei Abgeordnete zu wählen sind“.

Abg. Feldhus zieht seinen Antrag zu Gunsten des ersten Verbesserungsantrags des Abg. Tappenbeck zurück.

Abg. Burlage beharrt auf dem Antrag Feldhus und seinem hierzu gestellten Verbesserungsantrag, will jedoch diese zurückziehen im Falle der Abg. Tappenbeck seinen 2. Verbesserungsantrag zurückzuziehen sich bereit erklärt.

Abg. Tappenbeck zieht hierauf seine 2 Verbesserungsanträge zurück.

Ein Antrag Feldhus auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Burlage zieht die Anträge Feldhus-Burlage zurück und es wird nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Ahlhorn (Osternburg) geschritten. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 30 von 36 abgegebenen Stimmen angenommen.

Mit „Ja“ stimmten die Abg. tom Dieck, Enneking, Falz, Feigel, Feldhus, Gerdes, Grape, Griep, Heitmann, Hollmann, Hug, Jungbluth, Koch, Müller, Rodenbrock, Schulz, Schwarting, Tangen, Taphorn, Tappenbeck, Thorade, Voß-Eutin, Voß-Pansdorf, Wenke, Wessels, Wilken, Zeidler, Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Burlage.

Mit „Nein“ stimmten die Abg. von Fricken, Mohr, Preßler, Schulte, Schute, Tews.

Der Abstimmung enthielt sich Präsident Schröder, während 3 Abgeordnete, die Herren Ahlhorn-Hartwarderwarp, Dauen und Lanje, fehlten.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Bewilligung von 15700 M. für die Verbreiterung der Hunte unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Drielake und die Zurücklegung der dort befindlichen Schiffsliegeplätze aus der Landeskasse des Herzogtums. (Anlage 48.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Osternburg).

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle den Betrag von 15700 M. für die Verbreiterung der Hunte unterhalb der Eisenbahnbrücke bei Drielake und die Zurücklegung der dort befindlichen Schiffsliegeplätze aus der Landeskasse des Herzogtums bewilligen,

wurde angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses zur 1. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum

Oldenburg, betreffend Abänderung der Einkommensteuer-Novelle vom 17. März 1903. (Anlage 15.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen,

wurde angenommen.

10. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Ueberweisungen von der Ersparungskasse. (Anlage 27.)

Berichterstatter: Abg. Wenke.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle die Vorlage nach Kenntnisnahme für erledigt erklären,

wurde angenommen.

11. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition verschiedener Eingewohnten der Gemeinde Neuenburg, betr. den Verkauf eines Teils des staatlichen Schloß-Gemüsegartens zur Benutzung als Bauplatz für das zu erbauende Postgebäude.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag:

Uebergang zur Tagesordnung

wurde angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses, betr. die Verzeichnisse der in der Zeit vom 1. Oktober 1902 bis dahin 1905 im Bestande des Staats- und Kronguts vorgekommenen Veränderungen. (Anlage 62.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3 und 4 wurden angenommen.

13. Bericht desselben über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Landeskasse-Rechnungen des Fürstentums Birkenfeld für die Jahre 1900, 1901 und 1902. (Anlage 61.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

14. Bericht desselben über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für die Finanzperiode 1900/02. (Anlage 16.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über die Kronguts-kasserechnungen. (Anlage 65.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

16. Mündlicher Bericht desselben, betr. die Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuer für die Jahre 1903/05. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Die Ausschußanträge:

Antrag 1.

Der Landtag wolle beschließen, die Großherzogliche Staatsregierung zu ersuchen, dem nächsten ordentlichen Landtage wiederum eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuerschätzung in dem Jahre 1906 vorzulegen.



## Antrag 2.

Der Landtag wolle die Vorlage nach Kenntnisaufnahme für erledigt erklären, wurden angenommen.

17. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bewilligung von 142000 M. für die Beschaffung von 4 vierachsigen Personenwagen II./III. Kl. zu Lasten des § 12b des Voranschlags des Eisenbahn-Baufonds für das Finanzjahr 1906. (Anlage 59.)

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen und auf 5 Uhr nachmittags vertagt.

Fortsetzung der Sitzung nachmittags 5 Uhr.

Der Präsident eröffnete die Sitzung.

Es wird bei dem 18. Gegenstand der Tagesordnung die Beratung fortgesetzt.

18. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Finanzjahr 1906. 1. Lesung. (Anlage 53.)

Berichterstatter: Abg. Jungbluth.

Die Ausschußanträge 1—8 wurden angenommen.

Die Mehrheitsanträge 9 und 10 wurden angenommen, dagegen die Minderheitsanträge 11 und 12 abgelehnt.

Die Anträge 13—19 wurden angenommen, der Antrag 20 wurde abgelehnt und § 33 gemäß Voranschlag der Großherzoglichen Staatsregierung genehmigt.

Die Ausschußanträge 21—32 wurden angenommen. Der Präsident gibt bekannt, daß Anträge zur 2. Lesung bis 1. Februar, abends 6 Uhr, einzureichen seien.

19. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientassen der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1906. (Anlage 68.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Die Ausschußanträge 1 und 2 wurden angenommen.

20. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für das Finanzjahr 1906. (Anlage 69.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Ausschußanträge 1, 2 und 3 wurden angenommen.

21. Bericht des Finanzausschusses über den Staatsvertrag zwischen Oldenburg und Preußen zur Regelung der Lotterieverhältnisse sowie über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die öffentlichen Lotterien und Auspielungen. 1. Lesung. (Anlage 72.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Die Ausschußanträge 1 und 2 wurden angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind einzureichen bis 1. Februar, abends 6 Uhr.

Der Präsident teilte mit, daß die nächste Sitzung voraussichtlich nicht vor dem 7. Februar stattfinden könne und daß der Termin schriftlich bekannt gegeben werden solle.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 10 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. Sitzung des 30. Landtags am 8. Februar 1906.

Schröder.

Falz.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 8. Februar 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Abg. Falz das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann wurden die Eingänge verlesen:

1. Petition der Handwerkskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Befürwortung der Eingaben der Handelskammer vom 15. Dezember v. Js., betr. Steuerreform.  
Finanzausschuß.
2. Petition des Hausbesitzer-Vereins Oldenburg, betr. Nachtrag zu seiner Eingabe, betr. Reform eventuell Neu-Organisation der Oldenburg. Landes-Brandkasse.  
Verwaltungsausschuß.
3. Petition der DDr. med. Reiff hief. und Falk in Bant, betr. Ablehnung des Gesetzentwurfs über die Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte.  
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Stadtmagistrats und Stadtrats zu Wildeshausen, betr. Ergänzung des Jagdgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
5. Vorlage 78 der Großh. Staatsregierung, betr. Bau einer Zellenstation für Gefangene im Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital.  
Finanzausschuß.
6. Petition des Naturheil-Vereins Bant-Wilhelms-haven, betr. Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte.  
Verwaltungsausschuß.
7. Petition des Rangier-Bremser-Personals auf Bahn-

hof Oldenburg, betr. Berücksichtigung bei Beratung des Organisations-Statuts der Eisenbahn.  
Eisenbahnausschuß.

8. Petition des Verbandes der Ortskrankenkassen für das Herzogtum Oldenburg, betr. Ablehnung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte.  
Verwaltungsausschuß.

Die Ueberweisungen an die betr. Ausschüsse wurden genehmigt.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung der Einkommensteuer-Novelle vom 17. März 1903. (Anlage 15.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die öffentlichen Lotterien und Auspielungen. (Anlage 72.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Lübeck für das Finanzjahr 1906. 1. Lesung. (Anlage 56.)

Berichterstatter: Abg. Voß (Gutin.)

Die Ausschußanträge 1—11 wurden angenommen, die Minoritätsanträge 12 und 13 dagegen abgelehnt.

Die Anträge 15—39 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 9. Februar abends 6 Uhr einzureichen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für die Forstbetriebsjahre 1903/05. (Anlage 63.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. die Stelle des Landesökonomikommisars und Domäneninspektors. (Anlage 74.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Bericht über den Geschäftsumfang und den Vermögensbestand, sowie über die Geschäftsführung der Bodenkreditanstalt für die Jahre 1902, 1903 und 1904. (Anlage 55.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle die Vorlage nach Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Aufnahme einer Anleihe für die Staatliche Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg. (Anl. 70.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses, betr. die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkasse der drei Landesteile für die Finanzperiode 1900/02. (Anlage 25.)

Berichterstatter: Abg. Wenke.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Erbauung eines Dienstgebäudes in der Stadt Oberstein. (Anlage 52.)

Berichterstatter: Abg. Jungbluth.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses, betr. die Zentralkasse-Rechnungen des Großherzogtums Oldenburg für die Finanzperiode 1900/02. (Anlage 13.)

Berichterstatter: Abgg. Wenke und Enneking.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

11. Bericht des Quotenausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. das Beitragsverhältnis zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums. 1. Lesung. (Anlage 49.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 9. Februar abends 6 Uhr einzureichen.

12. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke. (Anlage 66.)

Berichterstatter: Abg. Schulte.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

13. Interpellation des Abg. Schulz, betr. Ausweisung des Bauarbeiters Edmund Vermeiren aus Delmenhorst.

Der Minister Excellenz Willich gibt seitens der Großherzoglichen Staatsregierung folgende Erklärung ab. (Siehe St.-Berichte S. 251 ff.)

Der Präsident teilt mit, daß der Tag der nächsten Sitzung schriftlich bekannt gegeben werde. Schluß 2 Uhr 5 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. Sitzung des 30. Landtags am 23. Februar 1906.

Schröder.

Falz.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 23. Februar 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Falz das Protokoll der 12. Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Der Präsident teilte folgende Eingänge mit:

1. Petition der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, betr. Wünsche und Bedenken zu den Steuerreformvorlagen der Regierung.  
Finanzausschuß.
2. Petition der Vereinigung der Anwärter für den Gerichtsschreiberdienst im Großherzogtum Oldenburg, betr. Verbesserung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Gerichtsakturgehülfen des Großherzogtums Oldenburg.  
Finanzausschuß.
3. Petition des Strauß und Genossen aus Idafehn und Elisabethfehn, betr. Ausbau des Hunte-Ems-Kanals und Bau eines Nebkanals.  
Finanzausschuß.
4. Vorlage 79 der Staatsregierung, betr. ein Gesetz für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Pferdezuchtgesetzes vom 9. April 1897.  
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins hies., betr. den Abf. III des Art. 25 des Entwurfs zum Einkommensteuergesetz. (Anlage 28 I)  
Finanzausschuß.
6. Vorlage 80 der Staatsregierung, betr. Ankauf eines Grundstücks am Zwischenahner See zum Zwecke der besseren Ausübung der Fischerei seitens des staatlichen Pächters.  
Finanzausschuß.

7. Vorlage 81 der Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes.

Verwaltungsausschuß.

8. Vorlage 82 derselben, betr. Ausrüstung der Strecke Lönningen-Landesgrenze mit einem stärkeren Oberbau als angenommen worden war.

Eisenbahnausschuß.

9. Vorlage 83 derselben, betr. Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung des Art. 14 § 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betr. die Ausübung der Jagd.

Verwaltungsausschuß.

10. Petition des Gebietsvereins Delmenhorst, betreffend Aenderung des Art. 11 § 1 der Gemeindeordnung des Herzogtums Oldenburg.

Verwaltungsausschuß.

11. Petition der Kranken- und Sterbekasse der Tischler, Holzdrechsler und Holzbildhauer zu Osterburg, betr. Ärztekammer.

Verwaltungsausschuß.

Die Ueberweisungen an die betr. Ausschüsse wurde genehmigt.

Darauf teilte der Präsident die nachfolgende Verordnung mit:

Wir **Friedrich August** etc. verordnen hierdurch was folgt:

Der gegenwärtig versammelte Landtag wird bis zum 31. März d. J. verlängert.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift  
und beigedruckten Großherzoglichen Insignes.

Gegeben, Oldenburg, den 22. Februar 1906.

(L. S.) gez. **Friedrich August.**

Willich.

Cassebohm.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß der Landtag, daß eine Petition der Eheleute Brüning in das Archiv niedergelegt werden soll ohne weitere Berücksichtigung.

Ferner verkündigt der Präsident in Gemäßheit des Art. 212 des Staatsgrundgesetzes, daß am Montag, den 5. März die Verhandlung über die Anlage 8 stattfindet.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 27. November 1905, betr. 1. die vorläufige Nachweisung des Eisenbahn-Baufonds für die Finanzperiode 1903/05, 2. den Voranschlag des Eisenbahn-Baufonds für das Finanzjahr 1906. (Anlage 59.)

Berichterstatter: Abg. Weissels.

Die Ausschufsanträge 1—11 wurden angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petitionen zur Varel-Wefer-Bahn.

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Ausschufsantrag 1 wurde angenommen.

Beim Ausschufsantrag 2 stellte Abg. Tanzen den Antrag, das Stimmverhältnis festzustellen.

Die Abstimmung ergab, daß der Ausschufsantrag 2 mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wurde.

Antrag 3 des Ausschusses wurde ebenfalls angenommen.

Dazu gab der Minister, Excellenz Ruhstrat I, folgende Erklärung ab:

Die Staatsregierung hat die Absicht den Amtsbezirk Butjadingen wohlwollend zu behandeln. Inwieweit sich aber die Auskehrung des Zuschusses von 400 000 M. verfrühen und auch ohne vorherige Sicherstellung des Baues der Bahn Varel-Rodenkirchen ermöglichen läßt, sowie die Frage, betreffend etwaige Gewährung und Höhe eines weiteren Zuschusses, muß zunächst noch weiter geprüft werden. Bei Bemessung des Gesamtzuschusses sind insbesondere zu berücksichtigen die Richtung und Länge der zu erbauenden Bahn, deren Kosten und voraussichtliche Rentabilität, die Leistungsfähigkeit des Amtsverbandes Butjadingen, sowie endlich der voraussichtliche Vorteil, welchen die Staatsbahn durch den neuen Zubringer haben wird.

Außer dem Erwähnten kommt selbstverständlich die demnächstige allgemeine Finanzlage des Staates in Betracht, welche ihrerseits vor allem von dem Zustandekommen der sog. Finanzreform und von einer weiteren günstigen Entwicklung der Eisenbahnfinanzen abhängen wird.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Deutschen Vereins enthaltamer Eisenbahner.

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

4. Bericht desselben über die Ausgleichung des jährlichen Verschleißes der oldenburgischen Staatsbahnen. (Anl. 73.)

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Quotenausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. das Beitragsverhältnis zu den Gesamtausgaben des Großherzogtums. (Anlage 49.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Einrichtung einer Zellenstation für Gefangene im Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital. (Anlage 78.)

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle zum Bau einer Zellenstation für Gefangene im Peter-Friedrich-Ludwig-Hospital zu § 170a des Voranschlags der Landeskasse für 1906 die Summe von 3600 M. nachbewilligen,

wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die Einfügung eines Gehaltsatzes in das Gehaltsregulativ vom 3. April 1894 für einen evangelischen Geistlichen an der Gefängnisanstalt zu Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Die Ausschufsanträge 1 und 2 wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung oder auf eine zweite Lesung sind bis Montag, den 26. d. Mts., abends 6 Uhr einzubringen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Mehreinstellung von 5400 M. zu § 22 der Einnahmen und § 26 der Ausgaben bei dem Voranschlag des Fürstentums Birkenfeld für das Finanzjahr 1906. (Anlage 76.)

Berichterstatter: Abg. Mohr.

Der Antrag 1 der Mehrheit wurde angenommen, damit Antrag 2 der Minderheit abgelehnt.

9. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung der dem Finanzgesetz für das Finanzjahr 1906 anzulegenden Voranschläge sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Die Anträge 1—5 wurden angenommen. Antrag 6 wurde abgelehnt. Anträge 7—14 wurden angenommen. Antrag 15 wurde abgelehnt, Anträge 16—20 wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung zur Nachmittagsitzung sind innerhalb einer Stunde einzureichen.

Um 1.5 Uhr wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

Fortsetzung nachmittags 5 Uhr.

Der Präsident eröffnet die Sitzung.

10. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bierbrauers Kolfs zu Behta.

Berichterstatter: Abg. Rodenbrock.

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen,

wurde angenommen.



11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Kindviehzuchtgesetzes für das Herzogtum Oldenburg in der Fassung vom 12. Mai 1897/20. Februar 1903. 1. Lesung. (Anlage 6.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Die Anträge 1—5 wurden angenommen.

Antrag 6:

Die Großherzogliche Staatsregierung wird ersucht, bei Erlass der Instruktion die im Berichte dargelegten Wünsche des Ausschusses zu berücksichtigen,

wurde angenommen.

Antrag 7 wurde ebenfalls angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Montag, den 26. d. Mts., abends 6 Uhr zu stellen.

12. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Mandatare Kabez, Fuhr, Platt und Jörn aus Oberstein-Idar.

Berichterstatter: Abg. Presser.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen,

wurde angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgervereins Eversten um Aenderung des § 2 des Artikels 5 der revidierten Gemeindeordnung.

Berichterstatter: Abg. Falz.

Der Antrag der Mehrheit wurde angenommen, Antrag der Minderheit abgelehnt.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage betr. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der angestellten Schulvorsteher der landwirtschaftlichen Winterschulen. (Anlage 60.)

Berichterstatter: Abg. Grape.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

15. Bericht desselben über die Petition des Hausmanns B. G. zu Feddeloh zu Hauwiel und des Hausmanns J. D. zu Feddeloh in Feddeloh I, betreffend Schädigungen durch Einwirkung des Hunte-Ems-Kanals.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

16. Bericht desselben über die Petition des oldenburgischen evangelischen Organistenvereins, betr. Aenderung des Artikels 65 des Schulgesetzes.

Berichterstatter: Abg. Rodenbrock.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

17. Bericht desselben über die Petition des Hausbesitzer-Vereins Oldenburg e. V. vom 16. Januar d. Jz. nebst Nachträgen vom 20. Januar und 1. Februar d. Jz., betr. Reform event. Neu-Organisation der Oldenburgischen Landes-Brandkasse.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

18. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Schwarting, betr. Zeitdauer bei Schulachtsauschlußwahlen.

Berichterstatter: Abg. Alhorn (Hartwarderwurp).

Die Ausschußanträge 1 und 2 wurden angenommen.

19. Gegenstand 19 wird von der Tagesordnung abgesetzt, dafür:

Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1906.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß die nächste Plenarsitzung am Montag, den 5. März 1906 stattfindet.

Schluß der Sitzung 6.15 Uhr nachmittags.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. Sitzung des 30. Landtags am 5. März 1906.

Schröder.

v. Fricke.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 5. März 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer von Fricke das Protokoll der vorigen Sitzung; dasselbe wurde genehmigt.

Darauf wurden die Eingänge verlesen:

1. Petition des Magistrats und Gesamtstadtrats zu Delmenhorst, betr. Zulassung der Verhältniswahl für die Gemeinderatswahlen.  
Verwaltungsausschuß.
2. Vorlage 85 der Großh. Staatsregierung, betr. Verkauf eines Landstreifens aus dem Forstorte Holstenläger bei Schwartau an die Direktion der Willenkolonie Schwartau.  
Finanzausschuß.
3. Vorlage 86 derselben, betr. Bewilligung eines Betrages bis zu 48600 M. aus den Mitteln des Weferbaufonds für die Herstellung einer Hafenanlage bei Blexen.  
Finanzausschuß.
4. Petition des Rechnungstellers Hinrichs in Strücklingen, betr. Errichtung von Stempel-Entwertungsstellen in den einzelnen Gemeinden des Herzogtums Oldenburg.  
Finanzausschuß.
5. Petition des Jagdschutzvereins Oldenburg, betreffend Bildung von Jagdgenossenschaften.  
Verwaltungsausschuß.
6. Vorlage 83 der Staatsregierung, betr. Geschäftsbericht der Direktion der staatlichen Bodenkreditanstalt für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1905.  
Finanzausschuß.
7. Vorlage 87 derselben, betr. Herstellung eines Uebernachtungsgebäudes auf dem Bahnhof Bremen-Altstadt und Verlegung der Viehwagenwäsche pp. sowie Erweiterung des Zollschuppens auf dem Bahnhofe Weener.  
Eisenbahnausschuß.
8. Petition des Handelsvereins von Bant, Heppens und Neuende, betr. Art. 25 III des Entwurfs des neuen Einkommensteuergesetzes.  
Finanzausschuß.
9. Petition des Ärzte-Vereins im Herzogtum Oldenburg, betr. Errichtung einer Ärztekammer und eines ärztlichen Ehrengerichts.  
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Oldenburgischen Schutzvereins für Handel und Gewerbe, betr. Art. 25 III des neuen Einkommensteuergesetzes.  
Finanzausschuß.
11. Petition des Handels- und Gewerbe-Vereins Barel, betr. Abänderung des Einkommensteuergesetz-Entwurfs.  
Finanzausschuß.
12. Petition des Handels-Vereins Wilbeshausen, betr. Bilanz-Einreichung der Kaufleute bei der Schätzung der Einkommensteuer.  
Finanzausschuß.
13. Petition des Kaufmännischen Vereins Rüstingen,

betr. Art. 25 III des Entwurfs des neuen Einkommensteuer-Gesetzes.

Finanzausschuß.

14. Petition der Streckenarbeiter der Strecke Lönningen-Essen, betr. Gleichstellung mit den übrigen Streckenarbeitern des Herzogtums.  
Eisenbahnausschuß.
15. Vorlage 88 der Großh. Staatsregierung, betreffend Uebertragung von 7350,13 *M.* für die Neubauten des Amtsgerichts und der Amtsschließerei zu Delmenhorst auf das Finanzjahr 1906.  
Finanzausschuß.
16. Eingabe des landwirtschaftlichen Vereins Rodenkirchen, betr. Abänderung des Jagdgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.

und die Ueberweisung derselben an die verschiedenen Ausschüsse genehmigt. Eine Eingabe der Frau Brüning-Oldenburg wurde, als nicht zur Verhandlung geeignet, dem Archiv überwiesen.

Der Präsident teilte mit, daß er namens des Landtages Glückwunschtelegramme zur Vermählung Ihrer Hoheit der Herzogin Sophie Charlotte mit Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Eitel Friedrich von Preußen und zur Silberhochzeit des Kaiserpaars abgefaßt habe und verlas die darauf eingegangenen Danktelegramme.

Ferner teilte der Präsident den Eingang einer Interpellation des Abgeordneten Müller mit.

Dieselbe lautet:

Wie stellt sich die Staatsregierung zur Erhebung von Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen?

Der Präsident setzte die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Rindviehzuchtgesetzes für das Herzogtum Oldenburg in der Fassung vom 13. Mai 1897/20. Februar 1903. (Anlage 6.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867. (Anlage 21.)

Berichterstatter: Abg. Schwarting.

Auf Antrag der Staatsregierung wurde dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses (Mehrheits- und Minderheitsbericht) über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des revidierten Staatsgrundgesetzes. (Anlage 8.)

Berichterstatter der Mehrheit: Abg. Rodenbrock, der Minderheit: Abg. Wolf-Pansdorf.

Der Präsident stellte fest, daß  $\frac{3}{4}$  aller einberufenen Abgeordneten bei der Abstimmung zugegen sind.

Der Antrag der Minderheit wurde in beantragter namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Abgeordneten Enneking, Falz, Feigel, von Fricken, Griep, Jungbluth, Lanje, Mohr, Müller, Presser, Schulte, Schute, Schwarting, Taphorn, Tewß, Wolf-Cutin, Wolf-Pansdorf, Weffels, Ahlhorn-Osternburg, Burlage und Dauen.

Dagegen: die Abgeordneten Feldhus, Gerdes, Grape, Heitmann, Hollmann, Hug, Koch, Rodenbrock, Schröder, Schulz, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Wenke, Wilken, Zeidler, Ahlhorn-Zetel, Ahlhorn-Hartwarden und tom Dieck.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Donnerstagabend 6 Uhr einzureichen.

Mittags 1 Uhr vertagte der Präsident die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr.

Die Nachmittagsitzung wurde präzise 5 Uhr vom Präsidenten eröffnet.

Die Tagesordnung wurde fortgesetzt.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petitionen der Gemeinden Neunkirchen, Holdorf, Steinfeld und Damme, betr. Wiederrichtung des Amtsgerichts Damme.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Abg. Enneking überreichte hierzu ein Protokoll des Damer Gemeinderats vom 16. Januar 1906.

Der Antrag der Minderheit des Ausschusses kam zuerst zur Abstimmung. Er wurde in beantragter namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Es fehlten mit Entschuldigung die Abgeordneten Tappenbeck und Thorade.

Gegen den Minderheitsantrag stimmten die Abgeordneten Falz, Feigel, Feldhus, von Fricken, Griep, Heitmann, Hollmann, Hug, Jungbluth, Mohr, Schulte, Schulz, Schute, Schwarting, Taphorn, Tewß, Wolf-Cutin, Wolf-Pansdorf, Wenke, Weffels, Zeidler, Burlage, Dauen, tom Dieck und Enneking.

Dafür stimmten die Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Ahlhorn-Hartwarden, Gerdes, Grape, Koch, Lanje, Müller, Presser, Rodenbrock, Schröder, Tanzen, Wilken.

Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses wurde in gleichfalls beantragter namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 13 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten die Abgeordneten Feigel, Feldhus, von Fricken, Griep, Heitmann, Hollmann, Hug, Jungbluth, Mohr, Schulte, Schulz, Schute, Schwarting, Taphorn, Tewß, Wolf-Cutin, Wolf-Pansdorf, Wenke, Weffels, Zeidler, Burlage, Dauen, tom Dieck, Enneking und Falz.

Dagegen die Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Zetel, Ahlhorn-Hartwarden, Gerdes, Grape, Koch, Lanje, Müller, Presser, Rodenbrock, Schröder, Tanzen und Wilken.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vereins der Gastwirte des Fürstentums Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Wolf-Pansdorf.

Die Anträge 1 und 2 des Ausschusses wurden angenommen, dagegen Antrag 3 (Minderheitsantrag) abgelehnt.



6. Bericht des Finanzausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betr. die Einführung einer Gebäudesteuer. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Voß-Cutin.

Der Berichterstatter stellte folgenden genügend unterstützten Antrag:

„Punkt 6 wird von der Tagesordnung abgesetzt. Anlage 50 wird erst dann zur Beratung gestellt, wenn die Steuervorlagen, welche das Herzogtum betreffen, erledigt sind.“

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Ankauf eines Grundstücks am Zwischenahner See. (Anlage 80.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Bericht über den Geschäftsumfang, den Vermögensbestand und die Geschäftsführung der Bodenkreditanstalt für das Jahr 1906. (Anlage 83.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Präsident machte bekannt, daß die nächste Sitzung auf den 16. März, vormittags 10 Uhr angesetzt sei.

Nachmittags 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. Sitzung des 30. Landtags am 16. März 1906.

Schröder.

Voß-Cutin.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

## Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 16. März 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung um 10 Uhr.

Der Schriftführer Boß (Gutin) verlas das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Hierauf verlas der Schriftführer Falz die Eingänge:

1. Petition des landwirtschaftlichen Vereins Osen, betr. Aenderung des Jagdgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Handelsvereins Nordenham, betreffend Art. 25 III des Entwurfs eines neuen Einkommensteuergesetzes.  
Finanzausschuß.
3. Petition des Vereins für Gesundheitspflege und Naturheilkunde zu Oldenburg, betr. Nachtrag zu seiner Petition vom 16. Januar d. J., betr. Ärztekammer-Vorlage.  
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Löninger Handels- und Gewerbevereins, betr. Hergabe einer Geschäftsbilanz behufs Einschätzung zur Einkommensteuer.  
Finanzausschuß.
5. Petition des Oberlehrers Ferdinand Kieland zu Bechta, betr. Anrechnung früherer Dienstjahre.  
Finanzausschuß.
6. Vorlage 89 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erhöhung der zu § 25 Pos. VIII im Voranschlage der Ausgaben des Fürstentums Lübeck für 1906 vorgesehenen Summe von 2240 M. auf 6240 (Sicherung des Ostseestrandes im Dorfe Niendorf).  
Finanzausschuß.
7. Petition des Braker Handelsvereins, betreffend Art. 25 III des Entwurfs des neuen Einkommensteuergesetzes.  
Finanzausschuß.
8. Petition des Vorstandes der Rechnungssteller- und Auktionatoren-Innung für das Herzogtum Oldenburg, betr. Beurkundung von öffentlichen Versteigerungen von Grundstücken.  
Verwaltungsausschuß.
9. Vorlage 90 der Großh. Staatsregierung, betr. einen Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg, betr. Abdeckereiwesen.  
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Vorstandes des Hausbesitzervereins Bant, betr. Einführung einer Gemeindesteuer nach dem jeweiligen gemeinen Werte (zu Anlage 9.)  
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des landwirtschaftlichen Vereins Neuenburg, betr. Aenderung des Jagdgesetzes.  
Verwaltungsausschuß.

mit deren Verweisung an die bezeichneten Ausschüsse sich der Landtag einverstanden erklärte.

Sodann verlas der Präsident ein von dem Hofmarschall von Lettow im Auftrag Ihrer Königl. Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Eitel-Friedrich von Preußen an den Landtag gerichtetes Schreiben, worin dieselben ihren Dank aussprechen für die anlässlich ihrer Vermählung vom Landtage an sie gerichteten Glückwünsche.

Darauf ging man zur Tagesordnung über.

1. Bericht des Finanzausschusses über die Petitionen der Parzellisten, Hüfner, Halbhüfner und Erbpächter u.



des vormaligen Amtes Ahrensböck und der Erbpächter der vormaligen Güter Eschorst, Mori und Stockelsdorf.

Berichterstatter: Abg. Voß (Cutin).

Die Ausschufsanträge 1 und 2 wurden angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den Verkauf eines Weges im Forstort Holstenlager von der Villenkolonie Schwartau bis an die Lübeck-Schwartauer Chaussee.

Berichterstatter: Abg. Tews.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

3. Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Aenderung des revidierten Staatsgrundgesetzes (Finanzgemeinschaft).

Berichterstatter: Abgg. Rodenbrock und Voß (Pansdorf).

Der Präsident stellte fest, daß die erforderliche Anzahl, nämlich  $\frac{3}{4}$  der Abgeordneten, anwesend ist. Sodann wurde der Gesetzentwurf in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmten die Abgeordneten Ahlhorn (Hartwarderwarp), Ahlhorn (Zetel), tom Dieck, Feldhus, Gerdes, Grape, Heitmann, Hollmann, Hug, Koch, Rodenbrock, Schröder, Schulz, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Wenke, Wilken, Zeidler.

Dagegen stimmten die Abgeordneten Ahlhorn (Osternburg), Burlage, Dauen, Enneking, Falz, Feigel, v. Fricken, Griep, Jungbluth, Lanje, Mohr, Müller, Presser, Schulte, Schute, Schwarting, Taphorn, Tews, Voß (Cutin), Voß (Pansdorf), Wessels.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Kolonisten Strauß, Schildt, Rastedt und F. W. Cherlei aus Idafehn und Elisabethfehn, betr. Ausbau des Hunte-Ems-Kanals und Bau eines Nebenkanals.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Herstellung einer Hafenanlage bei Blegen aus Mitteln des Weserbaufonds.

Berichterstatter: Abg. Wenke.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betr. Uebertragung einer für die Neubauten des Amtsgerichts und der Amtsschließerei zu Delmenhorst zur Verfügung gestellten Summe auf das Finanzjahr 1906.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Beschaffung und Verwendung von Oberbaumaterialien zu Lasten der Eisenbahn-Betriebskasse (Pos. 87, 89, 90 und 92).

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Bewilligung von Mitteln: 1. für die Herstellung eines Uebernachtungsgebäudes auf dem Bahnhofs Bremen-Altfstadt, 2. für die Verlegung der Viehwagenwäsche, der Kopftrampe

und der Gleiswage auf Bahnhof Weener, sowie für die Erweiterung des Zollschuppens daselbst.

Berichterstatter: Abg. Wessels.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Schreiben der Staatsregierung vom 9. Dezember 1905, betr. Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Oberbaumaterialien.

Berichterstatter: Abg. Heitmann.

Hierzu ist ein revidierter Antrag des Ausschusses eingegangen:

Der Ausschuf beantragt:

Der Landtag wolle zur Beschaffung von Oberbaumaterialien (ausschließlich Schwellen) die Summe von 525 000 M. zu Pos. 89, 90 und 91 der Eisenbahn-Betriebskasse pr. 1907 genehmigen, welcher angenommen wurde.

9a. Interpellation des Abg. Müller, betr. Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen.

Der Regierungsvertreter, Oberregierungsrat Scheer, gibt folgende Erklärung ab:

Soweit der Staatsregierung bekannt, besteht nirgends die Absicht, die Seeschifffahrt auf der Unterwejer mit neuen Schiffahrtsabgaben zu belasten und die Rechtslage, wie sie sich seit Erlass des Reichsgesetzes vom 5. April 1886, betreffend die Erhebung einer Schiffahrtsabgabe auf der Unterwejer, herausgebildet hat, zu ändern. Die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den nicht vom Reiche hergestellten oder unterhaltenen staatlichen Wasserstraßen innerhalb des Rahmens des Art. 54 Abs. 4 der Reichsverfassung ist Sache der beteiligten Uferstaaten.

Ein Antrag auf Besprechung wurde angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. Mai 1867. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schwarting.

Die Ausschufsanträge 1, 2 und 3 wurden angenommen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Ein Antrag auf Einzelberatung wurde angenommen.

Der Antrag 7 der Mehrheit des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 27 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmten die Abgeordneten Ahlhorn-Zetel, tom Dieck, Falz, Grape, Heitmann, Hug, Koch, Lanje, Schulz, Tanzen, Voß-Pansdorf, Wilken, Zeidler.

Dagegen stimmten die Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg, Ahlhorn-Hartwarderwarp, Burlage, Dauen, Enneking, Feigel, Feldhus, von Fricken, Gerdes, Griep, Hollmann, Jungbluth, Mohr, Müller, Presser, Rodenbrock, Schröder, Schulte, Schute, Schwarting, Taphorn, Tappenbeck, Tews, Thorade, Voß-Cutin, Wenke, Wessels.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 4 und 5 wurden angenommen.

Der Antrag 6 der Minderheit des Ausschusses wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis zum 19. d. M., nachmittags 6 Uhr, einzureichen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Direktors der Großherz. Baugewerks- und Maschinenbauschule in Barel, Architekten H. Diejener, betr. die Regelung der Verhältnisse an der gedachten Schule.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Ziegenbockföhrung. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Die Minderheit des Ausschusses (Abgg. Schulz und Zeidler) zieht ihren Antrag 6 zurück.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 4, 7 und 8, sowie der Mehrheitsantrag 5 wurden angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis 19. März, nachmittags 6 Uhr, einzureichen.

Um 1.15 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen und bis nachmittags 4 Uhr ausgesetzt.

Nachmittags 4 Uhr.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses zu dem Gesetzesentwurf, betr. eine Aenderung des Gehaltsregulativs für den Zivildienst durch Anstellung eines Kreis Schulinspektors im Hauptamte. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Rodenbrock.

Der Antrag der Minderheit des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Dafür stimmten die Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg, tom Dieck, Grape, Heitmann, Hug, Jungbluth, Koch, Schulz, Schwarting, Voß-Cutin, Wessels, Zeidler.

Dagegen stimmten die Abgeordneten Ahlhorn-Zetel, Ahlhorn-Hartwarderwury, Burlage, Dauen, Enneking, Falz, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Gerdes, Griep, Hollmann, Lanje, Mohr, Müller, Preffer, Rodenbrock, Schröder, Schulte, Schute, Tangen, Taphorn, Tappenbeck, Tews, Thorade, Voß-Pansdorf, Wenke, Wilken.

Hierauf wurde der Antrag 1 der Mehrheit des Ausschusses angenommen. Anträge zur 2. Lesung sind bis 19. März, nachmittags 6 Uhr, einzureichen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über

a) Petition des Bürgermeisters Schetter namens des Stadtmagistrats und Stadtrats in Wildeshausen,

b) Petition des Jagdschutzvereins Oldenburg, betr. die Bildung von Jagdgenossenschaften.

Berichterstatter: Abg. Taphorn.

Der Antrag 1 der Mehrheit des Ausschusses wurde angenommen, wodurch Antrag 2 der Minderheit fiel. Der Antrag 3 des gesamten Ausschusses wurde angenommen.

16. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung des Artikels 14 § 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betr. die Ausübung der Jagd. 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Preffer.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 19. März, nachmittags 6 Uhr, einzureichen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinde Lönningen um Abhilfe gegenüber den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen der Staatsregierung im unteren Haasegebiet.

Berichterstatter: Abg. Preffer.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß der Tag der nächsten Sitzung, sowie deren Tagesordnung schriftlich bekannt gegeben würden und schließt um 6 Uhr 55 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. Sitzung des 30. Landtags am 26. März 1906.

Schröder.

Falz.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

## XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

### Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 26. März 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Falz das Protokoll der 15. Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Darauf verlas der Schriftführer von Fricke folgende Eingänge:

1. Vorlage 91 der Großh. Staatsregierung, betr. Bau einer Enteisungsanlage für das Wasserwerk der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen.  
Finanzausschuß.
2. Petition der Gemeinde Heppenz, betr. Zusatz zu § 72 des neuen Einkommensteuergesetzentwurfes.  
Finanzausschuß.
3. Vorlage 92 der Großh. Staatsregierung, betr. Erweiterung des Wasserwerks in Alens.  
Eisenbahnausschuß.
4. Vorlage 93 der Großh. Staatsregierung, betr. Erbauung einer Dienstwohnung für zwei Grenzaufseher in Erldumerfiel.  
Finanzausschuß.
5. Petition der Grundbesitzer der Gemeinde Stuhr, betr. Wahrung ihrer Interessen bei der beabsichtigten Lieferlegung des Weserbetts.  
Finanzausschuß.
6. Vorlage 94 der Großh. Staatsregierung, betreffend Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum vom 10. April 1879, betr. die Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich vom 27. Januar 1877 und der gleichzeitig mit demselben

in Kraft tretenden Reichsgesetze (Anstellung eines ersten Staatsanwalts beim Landgericht Oldenburg betreffend.)

Verwaltungsausschuß.

7. Vorlage 95 der Großh. Staatsregierung, betr. Anschluß der Beleuchtungsanlagen auf dem Bahnhof Oldenburg an das Elektrizitätswerk der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Oldenburg.  
Eisenbahnausschuß.
8. Vorlage 96 der Großh. Staatsregierung, betr. Erstattung der Kosten der Erneuerung der Raje am Stau, der Vertiefung des Flußbettes vor derselben und der Befestigung des gegenüberliegenden Ufers bis zum Höchstbetrage von 138 838 M. aus dem Wasserbaufonds an die Stadt Oldenburg.  
Finanzausschuß.
9. Petition der Wegewärtervereinigung für das Herzogtum Oldenburg, betr. Bewilligung eines Dienstanzuges nebst Mantel und eines Jahresgehalts von 500 M.  
Finanzausschuß.

Die Ueberweisung derselben an die verschiedenen Ausschüsse wurde vom Landtage genehmigt.

Nachdem der Präsident die drei folgenden selbständigen genügend unterstützten Anträge:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtage baldmöglichst eine Gesetzesvorlage für das Herzog-



tum über die Umlegung der Gemeindesteuern zu machen, worin bestimmt wird, daß die Gemeinden über das Verhältnis, nach welchem das Einkommen einerseits und der Grund- und Hausbesitz andererseits zur Deckung des gesamten Gemeinde-Steuerbedarfs heranzuziehen ist, nach bestimmten, gesetzlich festzulegenden Grundsätzen, im übrigen nach freiem Ermessen zu beschließen haben.

Tappenbeck.

Ich beantrage zu beschließen:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zusammensetzung der Provinzialräte in den Fürstentümern Lübeck und Birkenfeld, dahingehend, daß die Landtagsabgeordneten aus den Fürstentümern, auch wenn sie nicht in den Provinzialrat gewählt sind, doch als Mitglieder dem Provinzialrat desjenigen Fürstentums hinzutreten, für das sie als Landtagsabgeordnete gewählt sind.

Voß (Pansdorf).

Ich beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, der gegenwärtigen Versammlung des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch bestimmt wird, daß die §§ 107 und 108 der Geschäftsordnung des Landtags dahin geändert werden, daß statt „7 M. 50 s bezw. 3 M. 75 s“ in § 107 „10 M. bezw. 5 M.“ und statt „7 M. 50 s“ in § 108 „10 M.“ gesetzt wird.

Voß (Cutin).

verlesen hatte, beschloß der Landtag, diese in Betracht zu ziehen und die Anträge Tappenbeck und Voß-Pansdorf dem Verwaltungsausschuß, sowie den Antrag Voß-Cutin dem Finanzausschuß zu überweisen.

Sodann teilte der Präsident mit, daß die Großherzogliche Staatsregierung durch Anlage 97 die Vorlage 17 zurückgezogen habe. Der Landtag war mit Erledigungserklärung durch Kenntnisaufnahme einverstanden.

Hiernach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs, betr. eine Aenderung des Gehaltsregulativs für den Zivildienst durch Anstellung eines Kreis Schulinspektors im Hauptamt. (Anlage 2.)

Berichtersteller: Abg. Rodenbrock.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht desselben zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum, betr. den Betrieb des Hufbeschlaggewerbes. (Anlage 42.)

Berichtersteller: Abg. Hollmann.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht desselben zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes, betr. Aenderung des Artikels 14 § 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 17. April 1897, betr. die Ausübung der Jagd. (Anlage 84.)

Berichtersteller: Abg. Presse.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. die Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1. Lesung. (Anlage 34.)

Berichtersteller: Abg. Koch.

Der Berichterstatter konstatierte einige Druckfehler und versprach ein berichtigtes Exemplar in der Registratur niederzulegen.

Sämtliche Ausschußanträge mit den entsprechenden Berichtigungen wurden angenommen. Anträge zur zweiten Lesung sind bis Mittwoch, abends 6 Uhr einzureichen; Anträge zur zweiten Lesung seitens der Staatsregierung sind nicht an diese Frist gebunden.

5. Bericht desselben über eine Petition des Stadtmagistrats und des Gesamtstadtrats in Delmenhorst, betr. die Anwendung der Verhältniswahl (Proportionalwahl) für die Gemeinderatswahlen.

Berichtersteller: Abg. Grape.

Abg. Koch beantragte zur Geschäftsordnung Feststellung des Stimmenverhältnisses. Danach wurde der Ausschußantrag einstimmig angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betr. Nachweisungen der Landeskasse und der Kurlage in den Ostseebädern des Fürstentums Lübeck für die Jahre 1900/02. (Anlage 67.)

Berichtersteller: Abg. Tews.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle die Anlage 67 für erledigt erklären,

wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht desselben, betr. Uferbauten in Niendorf an der Ostsee Fürstentum Lübeck. (Anlage 89.)

Berichtersteller: Abg. Tews.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle diese Ausgabe genehmigen und die Erhöhung der zu § 25 Pos. VIII im Vorschlage der Ausgaben des Fürstentums Lübeck für 1906 vorgesehenen Summe von 2240 M. auf 6240 M. zustimmen,

wurde angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend Tarifbestimmungen über den Transport von Kleierde. (Anlage 77.)

Berichtersteller: Abg. Griep.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt und der Präsident erklärte, daß die nächste Tagesordnung schriftlich mitgeteilt werden solle.

Schluß der Sitzung 12.15 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. Sitzung des 30. Landtags am 2. April 1906.

Schröder.

v. Fricke.

# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

## XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

### Siebzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 2. April 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas Schriftführer v. Fricke das Protokoll der vorigen Sitzung; dasselbe wurde genehmigt.

Schriftführer Voß (Gutin) verlas die Eingänge:

1. Petition der Strandbewohner und Landeigentümer des nördlichen Dangast, betr. Aufbesserung der dortigen Strandverhältnisse.  
Finanzausschuß.
2. Vorlage 98 der Großh. Staatsregierung, betr. Bewilligung eines Berrages - von bis zu 3000 M. für vorbereitende Arbeiten zur Aufstellung eines Planes eines Kanals von Campe nach Dörpen in den Abmessungen des Dortmund-Emshäfen-Kanals.  
Finanzausschuß.

Die Ueberweisung an die einzelnen Ausschüsse wurde genehmigt.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Erweiterung des Wasserwerks in Mens. (Anlage 92.)

Berichterstatter: Abg. Müller.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Regierung, betreffend Anschluß der Beleuchtungsanlage auf dem Bahnhofs Oldenburg und dessen Nebenanlagen an das Elektrizitätswerk der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Oldenburg. (Anlage 95.)

Berichterstatter: Abg. Thorade.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf

eines Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 281 und Anlage 71.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Antrag 1 des Ausschusses wurde angenommen.

Antrag 2 (Mehrheitsantrag) wurde mit 21 gegen 18 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Antrag 3 (Minderheitsantrag) wurde mit 20 gegen 19 Stimmen angenommen.

Die Anträge 4 und 5 wurden angenommen, der Antrag 6 wurde abgelehnt und die Anträge 7—12 des Ausschusses wurden angenommen.

Die Anträge 13 und 14 (Minderheitsanträge) wurden abgelehnt, dagegen der Mehrheitsantrag 15 angenommen.

Abgelehnt wurde auch der Minderheitsantrag 16.

Die Anträge 17 bis 26 fanden Annahme.

Mittags 12 Uhr schloß der Präsident die Vormittags-sitzung.

Um 4 Uhr nachmittags wurde die Sitzung wieder eröffnet und die Tagesordnung fortgesetzt.

Der Minderheitsantrag 27 wurde abgelehnt.

Angenommen wurden ferner die Anträge 28 bis 33.

Zu dem Antrag 33 stellte der Abg. Müller folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

„In Artikel 19 Z. 1 hinter 1b Absatz 3 beantrage ich einzufügen:

ferner bleiben außer Betracht Rücklagen für Wohlfahrtszwecke, Unterstützungen sowie Pensionskassen zu gunsten von Angestellten.“

Dieser Antrag wurde angenommen.

Antrag 34 (Minderheitsantrag) wurde abgelehnt.



Die Anträge 35 und 36 (Mehrheitsanträge) wurden angenommen, die Minderheitsanträge 37 und 38 wurden mit 30 gegen 9 und 32 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Anträge 39 und 40 wurden angenommen, Antrag 41 (Minderheitsantrag) wurde abgelehnt.

Die Anträge 42 bis 87 des Ausschusses fanden Annahme.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Dienstag abend 7 Uhr einzureichen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Abänderung des Gewerbegesetzes vom 11. Juli 1861/20. März 1900. (Anlage 28 V.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Dienstag abend 7 Uhr einzureichen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Mitglieder der Gebietsvereine zu Delmenhorst, betr. Aenderung des Art. 11 § 1 der revidierten Gemeindeordnung.

Berichterstatter: Abg. Taphorn.

Der Antrag 1 der Mehrheit des Ausschusses fand Annahme, Antrag 2 der Minderheit wurde abgelehnt.

6. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Oberlehrers Ferdinand Kieland in Wehda, betr. Anrechnung früherer Dienstjahre.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum vom 10. April 1879, betr. die Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich vom 27. Januar 1877 und der gleichzeitig mit demselben in Kraft tretenden Reichsgesetze. (Anlage 94.)

Berichterstatter: Abg. Althorn (Betel).

Der Antrag des Ausschusses:

„Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen“, wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis Dienstag abend 7 Uhr einzureichen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeinden Abbehausen, Blexen, Eckwarden, Golzwarden, Jade, Neuende, Stollhamm und Waddewarden um Beseitigung des Kirchengesetzes vom 3. Januar 1901.

Berichterstatter Abg. Koch.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

9. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vorstandes der Auktionatoren- und Rechnungsstellerinnung für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Erteilung der Befugnis an die beeidigten Auktionatoren bezüglich der von ihnen vorgenommenen Versteigerungen von Grundstücken die nach § 313 B.-G.-Bch. erforderliche Beurkundung vorzunehmen.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses:

Die Petition der Staatsregierung zur Prüfung zu überweisen, wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 4. April, vormittags 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung fest:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. den Uebergang der Staatswege auf die Amtsverbände. 1. Lesung. (Anlage 28 III.)
  2. Bericht desselben über den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 28 VI.)
  3. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 30. Dezember 1899, betr. die Gerichtskosten sowie die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen. 1. Lesung. (Anlage 28 VII.)
  4. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Ziegenbockföderung. (Anlage 75.)
  5. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes. 1. Lesung. (Anlage 81.)
- Nachmittags 7.40 Uhr schloß der Präsident die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 18. Sitzung des 30. Landtags am 4. April 1906.

Schröder.

Wohlfutin.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Achtzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 4. April 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Abg. Voß (Gutin) das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wurde.

Hierauf verlas der Präsident einen selbständigen Antrag des Abg. Feldhus:

Ich beantrage folgenden Gesetzentwurf zu genehmigen:

Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betreffend Abänderung des Zivilstaatsdienergesetzes vom 28. März 1867.

Einziger Artikel.

Im Art. 51 § 1 des Zivilstaatsdienergesetzes werden anstatt „7000 M.“ gesetzt: „7700 M.“

Das Gesetz vom 18. März 1891 wird aufgehoben.

Feldhus.

mit dessen Verweisung an den Finanzausschuß sich der Landtag einverstanden erklärte.

Nunmehr wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. den Uebergang der Staatswege auf die Amtsverbände. 1. Lesung. (Anlage 28 III.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Landtag beschloß in eine Einzelberatung der Vorlage nicht einzutreten.

Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 28 VI.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Protokolle. XXX. Landtag.

Der Ausschußantrag 1, sowie die Mehrheitsanträge 2, 3 und 4 wurden angenommen, der Minderheitsantrag 5 wurde dagegen mit 37 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Ausschußanträge 6, 7 und 8 und der Mehrheitsantrag 9 wurden angenommen, wodurch der Minderheitsantrag 10 fällt:

Zu Antrag 11 stellte der Abg. tom Dieck zwei genügend unterstützte Verbesserungsanträge und zwar:

zu § 10 Abs. 2:

Dem 2. Absatz § 10 ist nachzuführen hinter „beträgt die Abgabe M. 1.—“:

Ebenso wenn es sich um Vollmachten zur Ausübung des Stimmrechts in Gesellschaften aller Art handelt. Max tom Dieck.

zu § 10 Abs. 5:

Hinter dem 5. Absatz § 10 ist ein neuer Absatz einzuschalten:

Steht der Bevollmächtigte in einem Dienstverhältnis zu dem Vollmachtgeber, so wird nur ein Stempel von M. 1.50 erhoben.

Max tom Dieck.

Er zieht aber auf Wunsch des Landtags die beiden Anträge zurück.

Hierauf wurde der Ausschußantrag 11 angenommen.

Zu Antrag 12 wurde vom Abg. tom Dieck ein genügend unterstützter Verbesserungsantrag eingebracht:

Hinter Ziffer 4 wird hinzugefügt:

Bei Feuerversicherungen von Waren  $\frac{1}{2}\%$  der Versicherungsprämie.

Max tom Dieck.

Der Minderheitsantrag 13 wurde abgelehnt, wodurch der Minderheitsantrag 14 fällt, ebenso wurde der Verbesserungsantrag tom Dieck abgelehnt.

Angenommen wurden hingegen die Mehrheitsanträge 12 und 15.

Der Mehrheitsantrag 16 wurde durch einen neuen Antrag ersetzt:

Annahme des § 12 unter Hinzufügung des folgenden Absatzes 5:

Privatschriftliche, nicht beglaubigte Urkunden über Darlehen, auf Geld lautende Schuldversprechen und Schuldanerkenntnisse, welche seitens der im § 13 bezeichneten Geschäfte, Anstalten und Vereine ausgestellt werden, sind stempelfrei, wenn die Forderungen durch Verpfändung oder Hinterlegung von Waren oder auf den Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Wertpapieren sicher gestellt werden, der Wert dieser Papiere dem Betrage der Forderungen mindestens gleichkommt und die geschuldeten Leistungen innerhalb einer Frist von höchstens vier Wochen nach Ausstellung der Urkunde zu bewirken sind. Werden die Leistungen nicht innerhalb dieser Frist bewirkt, so ist binnen einer Woche nach dem Ablaufe der Frist ein den Vorschriften der Abs. 1, 2 entsprechender Stempel zu verwenden.

Namens des Finanzausschusses:

Der Berichterstatter:

Burlage.

und dieser angenommen, während der Minderheitsantrag 16a die Zustimmung des Landtags nicht fand.

Der Mehrheitsantrag 17 wurde abgelehnt und der Minderheitsantrag 18 mit 22 gegen 17 Stimmen angenommen.

Die Ausschufsanträge 19 und 20 und der Mehrheitsantrag 21 wurden angenommen, der Minderheitsantrag 22 abgelehnt.

Die Ausschufsanträge 23—27 einschl. wurden angenommen.

Zu Antrag 28 stellte Abg. tom Dieck einen genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Im 3. Absatz des § 33 ist zwischen den Worten

„— — ist — —“ und „— — zulässig“

einzuschalten:

dem zur Zahlung des Stempels nach dem Betrage Verpflichteten gegenüber.

Max tom Dieck.

Er zog ihn jedoch wieder zurück.

Die Ausschufsanträge 28—42 einschl. wurden angenommen, der Minderheitsantrag 43 wurde abgelehnt und der Mehrheitsantrag 44 angenommen.

Die Ausschufsanträge 45—50 einschl. wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 5. April, 6 Uhr nachmittags, einzureichen.

Um 1 Uhr 25 Min. wurde die Sitzung abgebrochen und bis nachmittags 4 Uhr vertagt.

4 Uhr nachmittags.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 30. Dezember 1899, betr. die Gerichtskosten, sowie die Gebühren der Zeugen und Sachverständigen. 1. Lesung. (Anlage 28 VII.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Osternburg).

Der Mehrheitsantrag 1 und der Antrag der Staatsregierung:

In der Ueberschrift und im Artikel I wird hinter dem Worte: Gerichtskosten das Komma gestrichen.

v. Finckh.

wurden angenommen.

Der Antrag 2 der Minderheit, ebenso wie ein Verbesserungsantrag des Abg. Müller:

Ich beantrage die Nachfügung einer Ziffer 4 mit folgendem Wortlaute:

4. Durch die Befahrung eines Seeschiffes von mehr als 2000 Register Tons Netto-Raumgehalt = 30 M. Müller.

wurden abgelehnt.

Die Mehrheitsanträge 3 und 4 wurden angenommen, der Minderheitsantrag 5 wurde abgelehnt, wodurch Antrag 6 fällt.

Der Ausschufsantrag 7 wurde angenommen, dagegen Antrag 8 abgelehnt und ein Regierungsantrag:

Art. IV. lautet:

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1906 in Kraft.

v. Finckh.

angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 5. April, nachm. 6 Uhr, einzureichen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Einführung einer Ziegenbockföhrung. (Anlage 75.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Die Ausschufsanträge 1, 2, 3 und 4 wurden angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes. 1. Lesung. (Anlage 81.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 5. April, nachm. 6 Uhr, einzureichen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die im Artikel 1 des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes enthaltenen Bestimmungen, soweit sie die Reform der Staatssteuern betreffen. (Anlage 28 IV, Art. I, Art. 42 § 2, 56, 58, 58a, 58b, 58c, 58d, 60 und 62.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Antrag 2 eines Teiles der Mehrheit wurde abgelehnt, ebenso der Mehrheitsantrag 1 mit 17 gegen 20 Stimmen und der Mehrheitsantrag 3. Dadurch wurde



ein vom Abg. Koch eingebrachter genügend unterstützter Ergänzungsantrag:

Dem Antrage 1 wird folgende Ziffer 2 nachgefügt:

Der Landtag ersucht die Staatsregierung, ihm in Ergänzung der Steuerreformvorlage baldigst ein neues Schulgesetz vorzulegen, durch das zum Zwecke der erforderlichen finanziellen Entlastung des Staates das Beitragsverhältnis zu den Schullasten zwischen Staat und Schulgemeinden neu geregelt wird, gleichzeitig aber auch die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden vermehrt werden.

Koch.

erledigt

Der Minderheitsantrag 4 wurde mit 20 gegen 17 Stimmen angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 5. April, nachm. 6 Uhr, einzureichen.

Der Präsident teilte mit, daß die nächste Sitzung am 6. April, vormittags 10 Uhr, stattfindet und gab die Tagesordnung hierfür bekannt.

1. Berichte der Mehrheit und Minderheiten des Finanzausschusses über den Entwurf eines Vermögens-

steuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 II und 71.)

2. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 28 (Vermögenssteuergesetz). (Anlage 28.)
3. Bericht des Finanzausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. die Einführung einer Gebäudesteuer. (Anlage 50.)
4. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Gesetzes vom 22. April 1858, betr. einige Bestimmungen über die Tragung der Kosten der evangelischen und katholischen Schullasten. (Anlage 20.)
5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betr. die Neuordnung des Kommunalabgabewesens.
6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betr. Erbauung einer Dienstwohnung für 2 Grenzaufseher in Erldumersiel. (Anlage 93.)

Der Präsident schloß die Sitzung um 6 Uhr 45 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 19. Sitzung des 30. Landtags am 6. April 1906.

Schröder.

Falz.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Neunzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 6. April 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Falz das Protokoll der 18. Sitzung, dasselbe wurde genehmigt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Berichte der Mehrheit und Minderheiten des Finanzausschusses über den Entwurf eines Vermögensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 II und 71.)

Berichterstatte der Mehrheit: Abg. Burlage.

Berichterstatte der Minderheiten: Abgg. Ahlhorn-Osternburg und Tappenbeck.

Die Beratung dauerte bis 1,30 Uhr, darauf wurde die Sitzung auf Vorschlag des Präsidenten bis 4,30 Uhr vertagt.

Eröffnung der Sitzung 4,30 Uhr.

Antrag 1 der Minderheit (Ahlhorn-Osternburg) wurde abgelehnt.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen, Antrag 4 wurde abgelehnt, Antrag 3 angenommen, ebenso Anträge 5-13 wurden angenommen. Antrag 14 wurde angenommen.

Bei Abstimmung über Antrag 1 der Minderheit (Enneking, Tappenbeck, Voß-Gutin) wurde Feststellung des Stimmverhältnisses beschlossen. Der Antrag 1 wurde gegen 12 Stimmen abgelehnt. Die Anträge 15-25 wurden angenommen. Antrag 26 wird zurückgezogen. Minderheitsantrag 2 (Tappenbeck) wurde abgelehnt. Antrag 27 angenommen.

Bei Antrag 28 und 29 stellte der Abg. Wessels den genügend unterstützten Antrag auf namentliche Abstimmung.

Für den Antrag 28 stimmten mit „ja“ die Abgeordneten: Lanje, Mohr, Preßler, Rodenbrock, Schröder, Schulte, Schute, Schwarting, Taphorn, Tewß, Thorade, Wenke, Wilken, Ahlhorn-Hartwardermurp, Burlage, Dauen, Enneking, Feigel, Feldhus, v. Fricken, Gerdes, Griep, Hollmann, Jungbluth, mit „nein“ die Abgeordneten: Müller, Schulz, Tanzen, Tappenbeck, Voß-Gutin, Voß-Pansdorf, Wessels, Zeidler, Ahlhorn-Zetel, tom Dieck, Falz, Grape, Heitmann, Hug, Koch.

Der Abg. Ahlhorn-Osternburg enthielt sich der Abstimmung.

Der Antrag 28 wurde mit 24 gegen 15 Stimmen angenommen, Antrag 29 wurde abgelehnt, die Anträge 30 und 31 wurden angenommen.

Zu Antrag 2 der Minderheit (Ahlhorn-Osternburg) stellte der Abg. Tanzen folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, den Antrag 2 der Minderheit (Ahlhorn-Osternburg) zu ersetzen durch folgenden Antrag:

„Die Staatsregierung wird ersucht, der nächsten Versammlung des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem der nach der Einführung der Vermögensteuer noch verbleibende Teil der Grund- und Gebäudesteuer für ablösbar erklärt wird.“

Tanzen.

Abg. Ahlhorn-Osternburg zog seinen Antrag zugunsten des Verbesserungsantrags Tanzen zurück, derselbe wurde gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Durch Annahme von Anlage 28 I und II wird Anlage 71 für erledigt erklärt.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Sonnabend mittag 12 Uhr einzubringen.

Auf Antrag des Abg. Tanzen wird Punkt 5 der Tagesordnung, Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Tappenbeck, betr. die Neuordnung des Kommunalabgabewesens, mit Antrag 3 der Minderheit (Ahlhorn-Osternburg) zusammen verhandelt.

Berichterstatter zu Punkt 5: Abg. Tanzen.

Antrag 3 wurde abgelehnt, Antrag des Verwaltungsausschusses angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses zu Anlage 28 (Vermögenssteuergesetz. (Anlage 28.)

Berichterstatter: Präsident Schröder.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses zu dem Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betr. die Einführung einer Gebäudesteuer. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Voß (Gutin).

Antrag 1 wurde abgelehnt, Anträge 2 und 3 wurden angenommen, Antrag 4 abgelehnt, Anträge 5—9 angenommen. Der Antrag 10 wurde abgelehnt, Antrag 11 angenommen, Antrag 12 abgelehnt. Die Anträge 13—16 wurden angenommen, Antrag 17 wurde abgelehnt. Die Anträge 18—22 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis Sonnabend mittag 12 Uhr einzureichen.

4. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Gesetzes vom 22. April 1858, betr. einige Bestimmungen über die Tragung der Kosten der evangelischen und katholischen Schulachten. (Anlage 20.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen, wurde angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses, betreffend Erbauung einer Dienstwohnung für 2 Grenzaufseher in Crildumerfiel. (Anlage 93.)

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschußantrag:

Der Landtag wolle zur Erbauung einer Dienst-

wohnung für 2 Grenzaufseher in Crildumerfiel die Summe von 14200 M. zum Voranschlage der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg für das laufende Jahr nachbewilligen,

wurde angenommen.

Darauf teilte der Präsident mit, daß die nächste Sitzung am Sonnabend, vormittags 10 Uhr, stattfinden mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Aufbesserung der Löhne und sonstigen Bezüge der bei dem Bahnbetriebe und in den Eisenbahnwerkstätten angestellten Arbeiter usw., sowie über die zu dieser Anlage eingegangenen Petitionen. (Anlage 35.)
  2. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Koch, betreffend Vorlage eines Gesetzentwurfs, nach dem Kinder außerdeutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Wohnsitz im Herzogtum Oldenburg haben, in derselben Weise einer Schulpflicht unterworfen werden, wie Kinder oldenburgischer Staatsangehörigkeit.
  3. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Pferdezuggesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 9. April 1897. (Anlage 79.)
  4. Bericht desselben zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum vom 10. April 1879, betreffend die Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich vom 27. Januar 1877 und der gleichzeitig mit demselben in Kraft tretenden Reichsgesetze. (Anlage 94.)
  5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Erstattung von Wasserbaukosten an die Stadt Oldenburg. (Anlage 96.)
  6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Bewilligung einer Summe bis zu 3000 M. für vorbereitende Arbeiten zur Aufstellung eines Plans eines Kanals von Campe nach Dörpen in den Abmessungen des Dortmund-Emshäfen-Kanals aus der Landeskasse. (Anlage 98.)
  7. Mündlicher Bericht desselben über die Petition verschiedener Grundbesitzer zu Stühr, betr. nachteilige Folgen der Weserforrektion.
- Schluß der Sitzung 7.20 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 20. Sitzung des 30. Landtags am 7. April 1906.

Schröder.

v. Fricke.



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Zwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 7. April 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung. Schriftführer von Fricke verlas das Protokoll über die vorige Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Aufbesserung der Löhne und sonstigen Bezüge der bei dem Bahnbetriebe und in den Eisenbahnwerkstätten angestellten Arbeiter usw., sowie über die zu dieser Anlage eingegangenen Petitionen. (Anlage 35.)

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

2. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Koch, betr. Vorlage eines Gesetzentwurfs, nach dem Kinder außerdeutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Wohnsitz im Herzogtum Oldenburg haben, in derselben Weise einer Schulpflicht unterworfen werden, wie Kinder oldenburgischer Staatsangehörigkeit.

Berichterstatter: Abg. Grape.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abg. Koch der Regierung zur Berücksichtigung überweisen, wurde angenommen.

3. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Pferdezuchtgesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 9. April 1897. (Anlage 79.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Hartwarderwurp.

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen

und zwar unter Streichung des Antrags 4a. Aenderung des Antrags 6 nach folgender berichtigten Fassung:

„Annahme des Artikels 10 mit der Aenderung, daß im Absatz 2 nach dem Worte „mittelschweren“ die Worte „landwirtschaftlichen Gebrauchs- und Wagenpferdes“ durch die Worte „eleganten Wagenpferdes“ ersetzt werden“,

und Einfügung eines Antrages 8a in folgender Fassung: „Annahme des Artikels 13 mit der Aenderung, daß am Ende statt „2a“ die Ziffer „2“ mit Punkt zu setzen ist“.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute Abend 6 Uhr einzureichen.

4. Bericht desselben zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes für das Herzogtum vom 10. April 1879, betr. die Einführung des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich vom 27. Januar 1877 und der gleichzeitig mit demselben in Kraft tretenden Reichsgesetze. (Anlage 94.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Zetel.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Erstattung von Wasserbaukosten an die Stadt Oldenburg. (Anlage 96.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Bewilligung einer Summe bis zu 3000 M für vorbereitende Arbeiten zur Aufstellung eines Planes eines Kanals von Campe nach Dörpen in den Ab-

messungen des Dortmund-Emshäfen-Kanals aus der Landeskasse. (Anlage 98.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht desselben über die Petition verschiedener Grundbesitzer zu Stuhr, betr. nachteilige Folgen der Weserkorrektur.

Berichterstatter: Abg. Wenke.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Prüfung überweisen, wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wurde vom Präsidenten auf Montag nachmittag 4 Uhr mit folgender Tagesordnung festgesetzt:

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über die im Artikel I des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Schulgesetzes enthaltenen Bestimmungen, soweit sie die Reform der Staatssteuern betreffen. (Anlage 28 IV.)
2. Bericht desselben über die in dem Entwurfe eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend Aenderung des Schulgesetzes enthaltenen Bestim-

mungen, welche die Neuregelung der Lehrergehälter zum Gegenstande haben. 1. Lesung. (Anlage 28 IV.)

3. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes. 1. Lesung. (Anlage 57.)
4. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 1. März 1861, betr. das Unterrichts- und Erziehungswesen. 1. Lesung. (Anlage 58.)
5. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte. 1. Lesung. (Anlage 64.)
6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Anlegung einer Enteisungsanlage für die Heil- und Pflegeanstalt Wehnen. (Anlage 91.)
7. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 I und Anlage 71.)
8. Bericht desselben zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 VI.)

Mittags 12 Uhr 10 Minuten schloß der Präsident die Sitzung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 21. Sitzung des 30. Landtags am 9. April 1906.

Schröder.

Vogt-Eutin.



# Protokoll

über

## die Verhandlungen

des

### XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

#### Einundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 9. April 1906, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer, Abg. Boß (Cutin), das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Hierauf teilte der Präsident mit, daß die Abgg. Boß (Cutin) und Dauen ihre selbständigen Anträge zurückgezogen hätten, dagegen vom Abg. Müller ein selbständiger Antrag eingegangen sei.

Sch beantrage:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, die §§ 107 und 108 der Geschäftsordnung des Landtags dahin zu ändern, daß statt 7 M. 50  $\text{₰}$  und 3 M. 75  $\text{₰}$  in § 107 „10 M.“ und „5 M.“ und statt 7 M. 50  $\text{₰}$  in § 108 „10 M.“ gesetzt wird.

Müller.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über die in Art. 1 des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes, enthaltenen Bestimmungen, soweit sie die Reform der Staatssteuern betreffen. (Anlage 28 IV.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die in dem Entwurfe eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes enthaltenen Bestimmungen, welche die Neuregelung der Lehrergehälter zum Gegenstande haben. (Anlage 28 IV.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Es wurden vom Ausschusse folgende Verbesserungsanträge gestellt:

Antrag 10a:

Annahme des Artikels I, Artikel 37, 39, 40, 42 Absatz 1 mit den aus den Anträgen 2 bis 10 sich ergebenden Aenderungen, wodurch die Anträge 4, 6, 7, 9 und 10 gegenstandslos werden.

1.

Annahme des Antrages 2 in folgender Fassung:

Unter Artikel I im Artikel 37 § 1 Ziffer 2 wird die Zahl „900“ durch die Zahl „1000“ ersetzt“.

2.

Streichung der Anträge 17 und 18.

3.

Annahme des Antrags 18 in folgender Fassung:

Das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen wird von dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an auf den Betrag festgesetzt, der sich ergeben würde, wenn die Bestimmung unter Artikel I zu Artikel 42 § 1 Absatz 1 schon am 1. Januar 1900 gegolten hätte.

Namens des Verwaltungsausschusses:

Der Berichterstatter.

Tanzen.

wodurch die Mehrheits- und Minderheitsanträge 17 und 18 fallen.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 5 und 8 wurden angenommen. Ein von dem Regierungsvertreter zu Antrag 8 gestellter Verbesserungsantrag:

Absatz 2 zu Ziffer 2 erhält folgenden Wortlaut:

Der Verzicht muß beim Antritt des Dienstes, und wenn das Land verpachtet ist, nach Ablauf



dieser Pachtzeit dem Schulvorstand . . . . . usw.  
erklärt werden,  
wurde wieder zurückgezogen.

Die Ausschußanträge 10a, 11, 12 und 13 wurden angenommen.

Zu Antrag 14 wurde von dem Regierungsvertreter ein Verbesserungsantrag gestellt:

„Ich beantrage zum Antrag 14 die zweite Hälfte des zweiten Satzes so zu fassen:

so muß er dies dem Schulvorstande auf dessen Aufforderung binnen 4 Wochen anzeigen,

der angenommen wurde, ebenso wie die Anträge 15 und 16.

Der zu den Anträgen 17 und 18 gestellte Verbesserungsantrag 18 wurde angenommen, wodurch Antrag 21 fällt.

Die Ausschußanträge 19, 20, 22 und 23 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis abends 10 Uhr einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Aenderung des Schulgesetzes. (Anlage 57.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Voß (Pansdorf).

Die Ausschußanträge 1 bis 12 einschl. wurden angenommen.

Zu den Ausschußanträgen 13 und 14 war ein Verbesserungsantrag des Ausschusses:

1.

Streichung der Anträge 13 und 14,

2.

Annahme des Antrags 13 in folgender Fassung:

Das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen wird von dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an auf den Betrag festgesetzt, der sich ergeben würde, wenn die Bestimmungen in Art. I, zu Art. 36 § 1 und Art. 39a § 5 schon am 1. Januar 1900 gegolten hätten.

Namens des Verwaltungsausschusses:

Der Berichterstatter.

Voß (Pansdorf).

eingegangen. Dieser neue Antrag 13 wurde angenommen, ebenso die Anträge 15—19 einschließlich.

Anträge zur 2. Lesung sind bis abends 10 Uhr einzureichen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 1. März 1861, betr. das Unterrichts- und Erziehungswesen. (Anlage 58.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Falz.

Die Ausschußanträge 1, 2, 3, 4, 5 wurden angenommen, ebenso Antrag 6 in neuer Fassung und Antrag 7.

Zu den Anträgen 8 und 9 war vom Ausschuß ein Verbesserungsantrag eingegangen:

1.

Streichung der Anträge 8 und 9,

**Protokolle.** XXX. Landtag.

2.

Annahme des Antrags 8 in folgender Fassung:

Artikel III erhält folgende Fassung:

Das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen wird von dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an auf den Betrag festgesetzt, der sich ergeben würde, wenn die Bestimmungen unter Art. I zu Ziffer 3 § 1 Ziffer 4<sup>a</sup> schon am 1. Januar 1900 gegolten hätten.

Namens des Verwaltungsausschusses:

Der Berichterstatter.

Falz.

der angenommen wurde, ebenso Antrag 10 mit der hieraus folgenden Aenderung und die Anträge 11 und 12.

Anträge zur 2. Lesung sind bis abends 10 Uhr einzureichen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Errichtung einer Ärztekammer und ärztlicher Ehrengerichte. (Anlage 64.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Grape.

Die Ausschußanträge 1 bis 5 einschließlich wurden angenommen.

Der Mehrheitsantrag 6 wurde angenommen, dagegen der Minderheitsantrag 7 abgelehnt.

Die Ausschußanträge 8 bis 21 einschließlich wurden angenommen.

Der Mehrheitsantrag 22 und der Ausschußantrag 23 wurden angenommen, ebenso der Mehrheitsantrag 24 mit 21 Stimmen, wodurch der Minderheitsantrag 25 fiel.

Durch Annahme des Antrags 24 wurden folgende Anträge erledigt: 26, 27, 28, 31, 32, 33 und 34.

Die Ausschußanträge 29, 30, 35, 36 und 37 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis abends 8 Uhr einzureichen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Anlegung einer Enteisungsanlage für die Heil- und Pflegeanstalt Wehnen. (Anlage 91.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Einkommensteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 I und 71.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag 2 wurde abgelehnt, hingegen Antrag 1 mit 24 Stimmen angenommen. Der Mehrheitsantrag 3 wurde mit 23 Stimmen angenommen, wodurch Antrag 4 der Minderheit erledigt war.

Die Ausschußanträge 5 bis 10 einschließlich wurden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 VI.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

8



Die Ausschußanträge 1 bis 5 einschl. wurden angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Vermögenssteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 28 II und 71.)

Berichterstatter: Abg. Burlage.

Der Antrag Koch wurde zurückgezogen und dadurch Antrag 1 erledigt. Der Ausschußantrag 2 wurde angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß die nächste Sitzung am Dienstag, 10. April, vormittags  $\frac{1}{2}$  10 Uhr, stattfinden und gab die Tagesordnung bekannt.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 30 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 22. Sitzung des 30. Landtags am 10. April 1906.

**Schröder.**

**Falz.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

Zweiundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 10. April 1906, vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer Falz das Protokoll der 21. Sitzung, dasselbe wurde genehmigt. Hierauf teilte der Präsident mit, daß der Abgeordnete Thora de wegen Krankheit für heute beurlaubt sei.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum Oldenburg, betr. das Gehaltsregulativ für den Zivildienst. 1. Lesung. (Anl. 18.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Antrag 1 wurde in der verbesserten Fassung:

Unter Zurückziehung des Antrags 1 stellt der Ausschuss folgenden

Antrag 1

Annahme der unveränderten Artikel 1 und 2, Annahme des Artikels 3 mit der Aenderung, daß im Absatz 1 der erste Satz gestrichen und ersetzt wird durch folgenden Satz:

„Die Kosten der unter I 3 (statistisches Amt), I 4 (Archiv), I 5 (Vertretung beim Bundesrate) und I 5a (Oberverwaltungsgericht) aufgeführten Behörden und Stellen sind aus der Zentralkasse zu bestreiten.“ und Annahme der unveränderten Artikel 4—7 einschließlich.

Der Berichterstatter:

Wilken.

angenommen. Die Anträge 2—8 wurden angenommen. Antrag 9 wurde angenommen, damit Antrag 10 erledigt. Anträge 11—15 wurden angenommen, Antrag 17 wurde angenommen, Antrag 16 wurde angenommen; ebenso die Anträge 18—20, Antrag 21 angenommen, damit 22 erledigt. Zu Antrag 23 und 24 wurden folgende Verbesserungsanträge:

Zu dem Antrage 23 wird folgender Verbesserungsantrag gestellt:

Die Zahlen „1800—3200“ werden ersetzt durch die Zahlen „2200—3500“.

Zu dem Antrage 24 wird folgender Verbesserungsantrag gestellt:

Die Zahl „7000“ wird ersetzt durch die Zahl „7100“, die Zahlen „1800—3200“ werden ersetzt durch die Zahlen „2200—3500“.

Der Berichterstatter:

Wilken.

eingebraucht, welche angenommen wurden, damit wurde Antrag 23 u. 24 erledigt. Antrag 25 wurde angenommen, damit 26 erledigt. Anträge 27 und 28 wurden angenommen, damit 29 erledigt. Anträge 30 und 31 angenommen, damit 32 erledigt. Antrag 33 wurde angenommen, Antrag 35 abgelehnt, 34 angenommen, 36 abgelehnt, 37 abgelehnt, 38—41 angenommen, 43 abgelehnt, 42 angenommen, 44 abgelehnt, 45 angenommen, 47 angenommen. Ein Verbesserungsantrag 47a:

„Annahme der Nr. 78“

Wilken.

wurde angenommen, 46 erledigt, 48 und 49 angenommen, 50 erledigt, 51, 52 und 54 angenommen, 53 abgelehnt, 55 und 57 angenommen, 56 abgelehnt, Anträge 58, 60—64 angenommen, 59 abgelehnt, 65 erledigt, 66 angenommen mit Hinzufügung von 109. Anträge 67—74 wurden angenommen, 75 und 79 abgelehnt, 76—78 angenommen. Anträge 80—84 angenommen, 85, 90 und 94 abgelehnt, 86—89 und 91—93 angenommen, Anträge 95—108 wurden angenommen, 110 erledigt, 111 und 112 ange-

8\*

nommen, 113 erledigt, 115 abgelehnt, 114 angenommen, 116 angenommen, 117 erledigt durch Verbesserungsantrag.

Es wird beantragt:

„Der Antrag 117 wird gestrichen. Im Antrage 118 werden die Worte „und mit dem im Antrage 117 beschlossenen Zusätze“ gestrichen.

Im Antrage 119 werden die Worte „mit dem im Antrage 117 beschlossenen Zusätze“ gestrichen.

Der Berichterstatter:  
Wilken.

welcher angenommen wurde, 118 mit Verbesserungsantrag angenommen, 119 erledigt, 120 und 121 angenommen, 122 abgelehnt, 122 angenommen, 124—128 angenommen, 129 erledigt, 130 angenommen, 131 erledigt, 132 und 133 angenommen, 134 erledigt, 135—137 angenommen, 138 erledigt. Anträge 139—143 wurden angenommen, 144 wurde mit Hinzufügung von *N* 257 angenommen. Anträge 145—150 wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute Nachmittag 4 Uhr einzureichen, Regierungsanträge ausgenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über

1. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Organisation der Eisenbahnverwaltung. (Anlage 29.) 1. Lesung.
2. über verschiedene Petitionen hierzu.

Berichterstatter: Die Abgg. tom Dieck und Wessels.

Die Anträge 1—10 wurden angenommen.

Bei den Anträgen 11—20 wird festgestellt, daß diese Anträge zu Anlage II gestellt sind, die Anträge wurden angenommen, ebenso die Anträge 21—23.

Antrag 24 wurde durch einen Verbesserungsantrag:

„Verbesserungsantrag zu Antrag 24 (Eisenbahn-Gehaltsregulativ) Annahme der Ordn.-Nr. 1 und 2 mit der Aenderung, daß unter Gehalt die Zahl 8500 durch 8600, die Zahl 6500 durch 6550 ersetzt wird“.

tom Dieck, Wessels.

erledigt, der Verbesserungsantrag wurde angenommen.

Die Anträge 25—28 wurden angenommen.

Der Antrag 29 wurde mit dem Verbesserungsantrag:

„Verbesserungsantrag zu Antrag 29 Eisenbahngehaltsregulativ.“

Bei den Ordn.-Nr. 15—17 muß es statt Beamte des Maschinen- und Werkstättendienstes I. bzw. II. bzw. III. Klasse

heißen

Beamte I. bzw. II. bzw. III. Klasse des Maschinen- und Werkstättendienstes“.

angenommen.

Die Anträge 30—49 wurden angenommen. Antrag 50 wurde angenommen mit Streichung der Worte „in Gemäßheit der daran im Bericht geknüpften Bemerkungen“. Anträge zur zweiten Lesung bis 4 Uhr nachmittags.

3. Bericht des Finanzausschusses, betr. Aenderung des Normal-Stats der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Lübeck,

sowie der näheren Bestimmungen zum Normal-Stat. Patent vom 11. März 1903. (Anlage 36.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

4. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Verbandes deutscher Landwirtschaftslehrer, Unterverband Oldenburg, betr. die Anstellungsverhältnisse der als Leiter der landwirtschaftlichen Winterschulen des Herzogtums Oldenburg angestellten Landwirtschaftslehrer.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag:

„Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Prüfung überweisen“, wurde angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Zeichenlehrers Dillmann in Delmenhorst, betr. die Anstellung und Besoldung geprüfter Zeichenlehrer.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag:

„Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Prüfung überweisen“, wurde angenommen.

6. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Holzwärter des Herzogtums, betr. Zubilligung einer festen Vergütung bzw. um Anstellung als Zivilstaatsdiener.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag:

„Uebergang zur Tagesordnung“, wurde angenommen.

7. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petitionen der Vereinigung der Wegewärter des Herzogtums, betr. Aufbesserung ihrer Dienstbezüge.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Ausschußantrag:

„Der Landtag wolle die Petition der Staatsregierung zur Prüfung überweisen und damit die Petitionen für erledigt erklären“, wurde angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über das Schreiben des Staatsministeriums vom 4. September 1901, betr. die gemäß dem Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzuliegenden Bücher und Rechnungen der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg für die Finanzperiode 1900/02 und der dazu gehörigen Nebenkassen für dieselbe Zeit. (Anl. 14.)

Berichterstatter: Abg. Hug u. Ahlhorn-Osternburg.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Sitzung von 1 bis 4 Uhr vertagt.

Eröffnung der Sitzung 4 Uhr.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung der Gemeindeordnung. (Anlage 9.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Antrag 1 wurde angenommen, Antrag 2 wurde in der verbesserten Fassung:

Antrag zu Anlage 9, betr. Aenderung der Gemeindeordnung.

Ich beantrage, im letzten Satze des § 3 die Worte „sofern sie nicht als dürftig freizulassen sind“ durch die Worte „sofern sie nicht vom Schätzungsausschusse für die staatliche Einkommensteuer als dürftig freigelassen worden sind“ zu ersetzen.

Calmeher-Schmedes.

angenommen.

Antrag 3 wurde angenommen. Bei Antrag 4 beantragte der Abgeordnete Tappenbeck Feststellung des Stimmverhältnisses. Für den Antrag stimmten 33 Abgeordnete, 6 dagegen.

Die Anträge 5—11 wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute Abend 7 Uhr einzureichen.

10. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betr. das Abdeckereiwesen. (Anlage 90.) 1. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schwarting.

Es wird beschlossen, in eine Einzelberatung einzutreten. Antrag 1 wurde abgelehnt.

Die Anträge 2—10 wurden angenommen.

Zu Antrag 11 stellte der Abg. Burlage folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Dem § 11 wird folgender Satz angefügt:

Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes ist in den Aemtern Wildeshausen, Bechta, Cloppenburg und Friesoythe der Amtsrat darüber zu hören, ob die im § 9 Absatz 1 vorgesehenen Ausnahmen zuzulassen sind.

Burlage.

Derselbe wurde abgelehnt, Antrag 11 angenommen. Anträge 12—15 angenommen. Zu Antrag 16 stellte der Abg. Feldhus folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Ich beantrage im § 5 des Vertrags das Wort „gemästete“ zu streichen.

Feldhus.

Derselbe wurde mit angenommen. Antrag 17 wurde in folgender neuen Fassung:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf mit den aus den Anträgen des Ausschusses sich ergebenden Abänderungen seine Zustimmung erteilen und sich mit dem Abschlusse des Vertrages sowie der Uebernahme der Bürgerschaft bis zum Höchstbetrage von 90000 *M.* einverstanden erklären,

angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb einer Stunde einzubringen.

11. Bericht desselben über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betr. Aenderung des Pferdezuchtgesetzes vom 9. April 1897. (Anlage 79.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

12. Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf für das Herzogtum Oldenburg und das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 30. De-

zember 1899, betr. die Gerichtskosten sowie die Gebühren der Zeugen- und Sachverständigen. (Anl. 28 VII.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn-Osternburg.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

13. Bericht des Finanzausschusses zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. die Einführung einer Gebäudesteuer. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Boff-Entin.

Der Ausschufantrag wurde angenommen, ebenso der Antrag der Staatsregierung:

Oldenburg, den 7. April 1906.

Nachdem der Landtag dem Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betreffend die Einführung einer Gebäudesteuer, in erster Lesung zugestimmt hat, ist die Bereitstellung der Mittel für die nun alsbald in Angriff zu nehmende erste Veranlagung zur Gebäudesteuer — veranschlagt auf 6000 *M.* — erforderlich. Die Staatsregierung läßt daher den Antrag stellen:

Der geehrte Landtag wolle zur Bestreitung der Kosten der ersten Veranlagung zur Gebäudesteuer die Summe von 6000 *M.* zum Voranschlage der Landeskasse des Fürstentums Lübeck für das laufende Jahr nachbewilligen.

Bödeker,

Regierungs-Kommissar.

14. Mündlicher Bericht desselben über den selbständigen Antrag des Abg. Feldhus, betr. Wartegeld der Mitglieder des Staatsministeriums.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Ausschufantrag:

Der Landtag wolle den Antrag Feldhus, entsprechend dem Gesetzentwurf, in erster Lesung annehmen,

wurde angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb einer Viertelstunde zu stellen.

15. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aenderung des Gesetzes vom 22. April 1858, betr. einige Bestimmungen über die Tragung der Kosten der evangelischen und katholischen Schulachten. (Anlage 20.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Ausschufantrag:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurfe auch in zweiter Lesung seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen,

wurde angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die in dem Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. Aenderung des Schulgesetzes enthaltenen Bestimmungen, welche die Neuregelung der Lehrergehalte zum Gegenstande haben. (Anlage 28 IV.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Anträge 1—3 angenommen, Antrag 4 angenommen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wurden noch folgende 2 Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt:



17. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Aenderung des Schulgesetzes. (Anlage 57.)

Berichterstatter: Abg. Boß-Pansdorf.

Die Anträge 1—3 wurden angenommen.

18. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes vom 1. März 1861, betr. das Unterrichts- und Erziehungswesen. (Anlage 58.)

Berichterstatter: Abg. Falz.

Die Anträge 1—3 wurden angenommen.

Sodann wurde in geheimer Sitzung der Ausschußantrag, betr. Erhöhung des Gehalts des Landtagsregistrator's, vom Landtage angenommen.

Darauf teilte der Präsident mit, daß die nächste Sitzung morgen, vormittags 10 Uhr, stattfindet mit folgender Tagesordnung:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Feldhus, betr. Wartegeld der Mitglieder des Staatsministeriums. 2. Lesung.
2. Bericht desselben über den Gesetzentwurf, betr. Aenderung des Gewerbegesetzes vom 11. Juli 1861/20. März 1900. 2. Lesung. (Anlage 28V.)

3. Bericht desselben, betr. Abänderung des Normal-Etats der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie. 2. Lesung. (Anlage 36.)

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf, betr. Ärztekammer. 2. Lesung. (Anlage 64.)

5. Bericht desselben zu dem Gesetzentwurf, betreffend Aenderung der Gemeindeordnung. 2. Lesung. (Anlage 9.)

6. Bericht desselben zum Gesetzentwurf, betr. das Abdeckereiwesen. 2. Lesung. (Anlage 90.)

7. Bericht des Finanzausschusses zum Gehaltsregulativ. 2. Lesung. (Anlage 18.)

8. Bericht des Eisenbahnausschusses zum Gesetz, betr. Organisation der Eisenbahnverwaltung. 2. Lesung. (Anlage 29.)

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die Verwaltungsgerichtsbarkeit. (Anlage 34.)

10. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller, betr. Diäten der Landtagsabgeordneten.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 5 Min.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 23. Sitzung des 30. Landtags am 11. April 1906.

**Schröder.**

**v. Fricke.**



# Protokoll

über

die Verhandlungen

des

## XXX. Landtags des Großherzogtums Oldenburg.

### Dreiundzwanzigste Sitzung.

Oldenburg, den 11. April 1906, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer v. Fricke das Protokoll der 22. Sitzung. Dasselbe wurde genehmigt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Feldhus, betr. Wartegeld der Mitglieder des Staatsministeriums. 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

2. Bericht desselben über den Gesetzentwurf, betr. Abänderung des Gewerbegesetzes vom 11. Juli 1861/20. März 1900. (Anlage 28 V.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

3. Bericht desselben, betr. Abänderung des Normaletat der Stärke und Verpflegung der Gendarmerie. (Anl. 36.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Gerdes.

Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf, betr. Herzokammer. (Anlage 64.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Grape.

Ein Antrag auf Schluß der Beratung wurde angenommen.

Die Anträge 1 und 3 der Mehrheit des Ausschusses fanden Annahme.

5. Bericht desselben zu dem Gesetzentwurf, betr. Aenderung der Gemeindeordnung. (Anlage 9.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Koch.

Der Antrag der Ausschusses wurde angenommen.

6. Bericht desselben zum Gesetzentwurf, betr. das Abdeckereiwesen. (Anlage 90.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Schwarting.

Die Anträge der Mehrheit des Ausschusses wurden angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses zum Gehaltsregulativ. (Anlage 18.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Antrag 1 des Ausschusses wurde angenommen, die Anträge 2 und 3 wurden mit 19 Stimmen gegen 16 abgelehnt. Der Beschluß der 1. Lesung bleibt bestehen. Ebenso wurde auch Antrag 4 abgelehnt, dagegen die Anträge 5, 6, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 angenommen. Die Anträge 7 und 11 wurden zurückgezogen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses zum Gesetz, betr. Organisation der Eisenbahnverwaltung. (Anl. 29.) 2. Lesung.

Berichterstatter: Abg. tom Dieck.

Die Staatsregierung stellte den Antrag zu Ziffer 4 des Eisenbahngelhaltsregulativs:

Erhöhung des Zulagebetrages auf 250 M.

Die Anträge 1, 2 und 3 des Ausschusses und der Regierungsantrag wurden angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Gesetzentwurfs, betr. die Verwaltungsgerichtsbarkeit. (Anlage 34.)

Berichterstatter: Abg. Koch.

Die Anträge des Ausschusses wurden angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller, betreffend Diäten der Landtagsabgeordneten.

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses: „Annahme des Antrages Müller“ wurde angenommen.

11. Es folgte der Antrag der Staatsregierung:

Der Landtag stellt der Staatsregierung, soweit solches nicht bereits zu den Voranschlägen geschehen ist, diejenigen Mittel zur Verfügung, welche zur Bestreitung der in den genehmigten Gehaltsregulativen festgestellten Gehalte und Geschäftskosten erforderlich sind.

Der Antrag wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Auf Anfrage des Präsidenten teilte der Minister Willich mit, daß der Schluß der Landtagstagung sofort stattfinden werde und erklärte darauf im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs die Versammlung des 30. Landtages für geschlossen.

Der Präsident brachte ein Hoch aus auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog, in das die Versammlung dreimal lebhaft einstimmte.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 40 Minuten.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des 30. Landtags am 11. April 1906.

Schröder.  
v. Fricken.  
Lanzen.

Boß-Eutin.  
Falz.

